

Geschäftsbericht 2020

Open Grid Europe GmbH

Open Grid Europe GmbH, Essen

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020

Bilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Anlagenspiegel

Beteiligungsliste gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Tätigkeitsabschlüsse für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020

Bilanzen nach Tätigkeiten

Gewinn- und Verlustrechnung nach Tätigkeiten

Erläuterungen zur rechnungsmäßigen Entflechtung

Entwicklung des Anlagevermögens

Tätigkeitsabschlüsse für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

Bilanzen nach Tätigkeiten

Gewinn- und Verlustrechnung nach Tätigkeiten

Erläuterungen zur rechnungsmäßigen Entflechtung

Entwicklung des Anlagevermögens

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

Open Grid Europe GmbH, Essen

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

Einleitung	2
Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	2
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	2
Primärenergieverbrauch in Deutschland	2
Energiepolitische Entwicklungen in Europa	3
Energiewirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	4
Geschäftsentwicklung	5
Nationale Regulierung	5
Netzentwicklungspläne und Marktraumumstellung	7
Technik	10
Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	12
Investitionen	12
Finanzierung	12
Wirtschaftsbericht	13
Darstellung der Tätigkeiten gemäß § 6b EnWG	15
Umwelt- und Arbeitnehmerbelange	16
Umweltschutz	16
Mitarbeiter	17
Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f Abs. 4 HGB	17
Chancen- und Risikobericht	18
Darstellung des Chancen- und Risikomanagementprozesses	18
Bedeutsame Risiken	19
Weitere Risiken	20
Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB	20
Chancen	21
Gesamtbeurteilung der Chancen- und Risikolage	21
Voraussichtliche Entwicklung	21

Einleitung

Open Grid Europe GmbH (OGE) mit Sitz in Essen ist der führende Erdgasfernleitungsnetzbetreiber Deutschlands und betreibt Deutschlands größtes Fernleitungsnetz mit einer Länge von rund 12.000 km. Als Netzbetreiber untersteht OGE der Aufsicht durch die Bundesnetzagentur (BNetzA), der deutschen Regulierungsbehörde, und ist an die rechtlichen Rahmenbedingungen der Europäischen Union (EU) und des deutschen Gesetzgebers gebunden.

Zu den Kerntätigkeiten der OGE gehören die Vermarktung von Gastransportkapazitäten (einschließlich Mengenermittlung und Abrechnung) in den Marktgebieten der NetConnect Germany GmbH & Co. KG (NCG) und der GASPOOL Balancing Services GmbH (GASPOOL), der Betrieb, die Wartung und Instandhaltung des Leitungssystems sowie die Steuerung und Überwachung des Netzes. Des Weiteren umfassen die Kerntätigkeiten die bedarfsgerechte, effiziente Weiterentwicklung der Fernleitungsnetze auf Basis von Netzentwicklungsplänen.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der Sachverständigenrat erwartet in seinem Jahresgutachten für Deutschland im Jahr 2020 einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 5,1 Prozent. Ursache hierfür sei die Corona-Pandemie (COVID-19). Diese habe zu einer der schwersten Rezessionen der Nachkriegszeit geführt. Nach dem tiefen Einbruch von 9,8 Prozent im zweiten Quartal setzte über den Sommer zunächst eine kräftige Erholung ein. Im dritten Quartal konnte insgesamt ein Plus von 8,5 Prozent verzeichnet werden. Zum Jahresende blieb das Bruttoinlandsprodukt durch den leichten Anstieg von 0,1 Prozent nahezu unverändert.

Durch die stark steigenden Infektionszahlen bleibt die wirtschaftliche Lage unsicher. Für die weitere Entwicklung ist entscheidend, wie die Pandemie eingedämmt werden kann und wie sich die Weltwirtschaft entwickelt.

Die Politik hat rasch umfangreiche geld- und fiskalpolitische Maßnahmen ergriffen, welche die Wirtschaft gestützt haben. Auf europäischer Ebene kann der Aufbaufonds durch zielgerichtete Investitionen und Reformen in den Mitgliedstaaten der EU die Resilienz und die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraums erhöhen. Insbesondere soll dieser das Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze fördern sowie die Zukunftsaufgaben Klima und Digitalisierung vorantreiben.

Primärenergieverbrauch in Deutschland

Nach den vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. (AGEB) ist der Energieverbrauch in Deutschland 2020 um 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und

erreichte mit 11.691 Petajoule (PJ) oder 398,8 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE) einen historischen Tiefststand.

Für die deutlich rückläufige Verbrauchsentwicklung sind vor allem die gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Auswirkungen der Corona-Pandemie verantwortlich. Hinzu kamen langfristige Trends wie die weitere Zunahme der Energieeffizienz, Substitutionen im Energiemix hin zu mehr erneuerbaren Energien sowie die vergleichsweise milde Witterung. Leichte verbrauchssteigernde Effekte gingen von den im Jahresverlauf spürbar gesunkenen Energiepreisen aus.

Der Erdgasverbrauch verringerte sich 2020 um 3,4 Prozent auf 3.105 PJ oder 106,0 Mio. t SKE. Hauptursache für den Verbrauchsrückgang ist der gesunkene Erdgasbedarf der Sektoren Industrie sowie Gewerbe, Handel und Dienstleistungen infolge der Corona-Pandemie. In der Strom- und Wärmeerzeugung wurde hingegen mehr Erdgas eingesetzt. Bei den privaten Haushalten wird trotz vergleichsweise milder Temperaturen ein leichtes Verbrauchsplus erwartet.

Die Anteile der verschiedenen Energieträger am nationalen Energiemix haben sich 2020 gegenüber dem Vorjahr weiter verschoben: Bei den fossilen Energien kam es in Summe zu einem Rückgang, so dass die Energieversorgung in Deutschland ihre Kohlenstoffintensität weiter verringern konnte. Kennzeichnend bleibt aber ein breiter Energiemix. Gut 60 Prozent des inländischen Energieverbrauchs entfallen auf Öl und Gas. Stein- und Braunkohle deckten zusammen knapp 16 Prozent des Verbrauchs. Die Erneuerbaren steigerten ihren Beitrag auf fast 17 Prozent.

Energiepolitische Entwicklungen in Europa

Als Schlüsselement des Europäischen „Green Deals“ wurde von der EU-Kommission im März 2020 der Entwurf eines EU-Klimagesetzes vorgelegt, welches das Ziel der Treibhausgas-Neutralität der EU bis zum Jahr 2050 verrechtlichen soll. Für die konkrete Erreichung des langfristigen Ziels soll die EU-Kommission gemäß dem Entwurf in regelmäßigen Abständen den Fortschritt in den Mitgliedsstaaten prüfen und verbindliche Absenkungspfade vorgeben können. Offen blieb in dem Entwurf zunächst das Emissionsminderungsziel für das Jahr 2030. Nach einer Verträglichkeitsprüfung ergänzte die EU-Kommission ihren Entwurf im September 2020 um ein Emissionsminderungsziel für 2030 in Höhe von minus 55 Prozent (gegenüber 1990). Diesem Zielwert stimmten im Dezember auch die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten im Rahmen einer EU-Ratssitzung zu. Das EU-Parlament fordert in seiner Positionierung hingegen einen Zielwert in Höhe von mindestens minus 60 Prozent sowie ein Zwischenziel für das Jahr 2040.

Im Bereich der Finanzmarktregulierung trat im Juli 2020 die sogenannte Taxonomie-Verordnung in Kraft, welche Kriterien für nachhaltige Investitionsgeschäfte definiert. Die Verordnung gibt den Rahmen für ein grünes Klassifizierungssystem in der EU vor und wurde im November 2020 durch den Entwurf delegierter Rechtsakte der EU-Kommission ergänzt, welche technische Bewertungskriterien für die Umwelt- und Klimaschutzziele enthalten. Im Bereich der Energieinfrastruktur legt die Taxonomie-Verordnung fest, dass Investitionen in den Neubau von Wasserstoffinfrastruktur sowie in die Umstellung bzw. Nachrüstung von bestehender Gasinfrastruktur für den Transport von Wasserstoff grundsätzlich als nachhaltige Finanzaktivitäten zu klassifizieren sind.

Konkret den Gasmarkt betreffende Legislativvorschläge der EU-Kommission werden im Verlauf des Jahres 2021 erwartet. Für das vierte Quartal 2021 wurde von der EU-Kommission im Rahmen des jährlichen Arbeitsplans eine Revision des Dritten Binnenmarktpakets Gas zur Regulierung eines wettbewerblichen und dekarbonisierten Gasmarktes angekündigt. Inhaltlich wird sich die EU-Kommission dabei aller Voraussicht nach an den von ihr im Jahr 2020 veröffentlichten Strategiepapieren orientieren. Im Juli 2020 stellte die EU-Kommission neben einer Strategie zur Energiesystemintegration eine Europäische Wasserstoffstrategie vor, welche ein politisches Ziel von mind. 40 GW Elektrolyse-Leistung in der EU bis zum Jahr 2030 vorsieht. Im Oktober 2020 folgte ein weiteres Strategiepapier zur Ermittlung und Reduzierung von Methanemissionen in der EU.

Energiewirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Am 10. Juni hat die Bundesregierung ihre Nationale Wasserstoffstrategie (NWS) vorgestellt. Mit der NWS will die Bundesregierung einen kohärenten Handlungsrahmen für die künftige Erzeugung, den Transport, die Nutzung und Weiterverwendung von Wasserstoff und damit für entsprechende Innovationen und Investitionen schaffen. Die NWS definiert die aus ihrer Sicht notwendigen Schritte, um zur Erreichung der Klimaziele beizutragen, neue Wertschöpfungsketten für die deutsche Wirtschaft zu schaffen und die internationale energiepolitische Zusammenarbeit weiterzuentwickeln. Bei Umsetzung der NWS wird es auch um die notwendigen Anpassungen der rechtlich-regulatorischen Rahmenbedingungen für Wasserstoff gehen, um möglichst zeitnah mit dem Umstieg auf Wasserstofftransport beginnen zu können. Die Umsetzung und Weiterentwicklung der NWS wird von einem Nationalen Wasserstoffrat beratend begleitet. Dieser setzt sich aus 26 hochrangigen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen. Die Mitglieder wurden im Juni 2020 vom Bundeskabinett ernannt und verfügen über Expertise in den Bereichen Erzeugung von Wasserstoff, Forschung und Innovationen, Dekarbonisierung von Industrie, Verkehr und Gebäude/Wärme, Infrastruktur, internationale Partnerschaften sowie Klima und Nachhaltigkeit. OGE ist über die Berufung von Dr. Jörg Bergmann als Mitglied im Nationalen Wasserstoffrat vertreten.

Zudem wurde im Jahr 2020 eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vom Deutschen Bundestag beschlossen. Darin wird festgelegt, wie die einzelnen Technologien (Windenergie an Land und auf See, Photovoltaik & Biomasse) in den nächsten Jahren ausgebaut werden, damit das von der Bundesregierung festgelegte Ziel von 65 Prozent Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis 2030 erreicht werden kann. Ein auch für die Gaswirtschaft wichtiger Bestandteil des Gesetzes ist die Befreiung von Wasserstoff-Elektrolyseuren von der EEG-Umlage. So können künftig Elektrolyseure entweder über die Ausweitung der Besonderen Ausgleichsregelung (§ 64a EEG) oder über einen gänzlich neu eingeführten Anspruch auf Vollbefreiung (§ 69b EEG) von der EEG-Umlage befreit werden. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Wasserstoffproduktion in Deutschland anzureizen.

Darüber hinaus stellte die Bundesregierung bereits in Aussicht, dass 2021 eine weitere EEG-Novelle folgen wird, um das deutsche Recht an das neue EU-Klimaziel (siehe oben) anzupassen.

Im Zusammenhang mit dem Aufbau einer Infrastruktur für den Wasserstofftransport auf Basis der bestehenden Gasfernleitungsnetze hat das Bundeswirtschaftsministerium im Dezember 2020 ein Eckpunktepapier vorgestellt, in dem eine Übergangsregulierung für Wasserstoffnetze diskutiert wird.

Dieser legislative Prozess wurde am 22. Januar 2021 mit der Veröffentlichung eines Referentenentwurfs des Bundeswirtschaftsministeriums zur Anpassung des EnWG in die Wege geleitet, über den das Bundeskabinett am 10.02.2021 positiv beschlossen hat. Er regelt im Kern zum einen genehmigungsrechtliche Fragestellungen für Wasserstoffnetze, und schafft damit eine gewisse Rechtssicherheit für zukünftig neuzubauende Wasserstoffleitungen und für umzustellende Erdgasleitungen. Zum anderen spannt der Entwurf einen Rahmen für eine optionale Regulierung von Wasserstoffnetzen auf, mit begleitenden Regelungen u.a. zur Rechnungslegung- und Buchführung, dem Anschluss und Zugang zu Wasserstoffnetzen und den Zuständigkeiten der Bundesnetzagentur. Der Gesetzesentwurf führt mit Ausnahme der Genehmigungsfragen eine getrennte kostenmäßige Behandlung von Wasserstoff- und Erdgasnetzen ein. Er enthält jedoch zur Kostenregulierung keine klaren Vorschriften, so dass eine konkrete Wirtschaftlichkeitsberechnung für Investitionen in regulierte Wasserstoffnetze auf dieser Basis derzeit nicht möglich ist. Er bleibt somit hinter den Erwartungen zurück, da u.a. die Finanzierungsfrage zunächst unbeantwortet bleibt und somit keine Investitionssicherheit geschaffen wird. Das Bundeswirtschaftsministerium arbeitet nach eigenem Bekunden an einer zusätzlichen Netzentgeltverordnung, die die Details der Kostenregulierung näher regeln soll, sowie an einer Förderregelung, um zusammen mit der vorgeschlagenen Gesetzesanpassung die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Geschäftsentwicklung

Nationale Regulierung

Mit Beschluss vom 13. Juni 2018 wurde OGE der finale Bescheid zur Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze der 3. Regulierungsperiode (2018-2022) nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1, 5 und 11 und § 4 Abs. 2 ARegV zugestellt. Der jährliche Saldo des Regulierungskontos ist nicht Bestandteil des Beschlusses zur Erlösobergrenze und wird in separaten Verwaltungsverfahren beschieden. Mit Beschluss vom 12. Juni 2020 hat die Bundesnetzagentur den Regulierungskontosaldo des Jahres 2017 genehmigt. Das Verfahren für die Salden 2018 und 2019 ist aktuell noch nicht abgeschlossen.

Gemäß § 9 Abs. 3 ARegV hat die BNetzA ab der 3. Regulierungsperiode den sektoralen Produktivitätsfaktor (Xgen) jeweils vor Beginn der Regulierungsperiode nach Maßgabe von Methoden, die dem Stand der Wissenschaft entsprechen, zu ermitteln. Mit Beschluss vom 21. Februar 2018 erfolgte die Festlegung des Xgen in Höhe von 0,49 Prozent für Gasnetzbetreiber. Gegen diese Festlegung hat OGE neben einer Vielzahl von anderen Gasnetzbetreibern Beschwerde vor dem 3. Kartellsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Düsseldorf eingelegt. Am 10. Juli 2019 hat das OLG Düsseldorf in einem anderen Verfahren die Festlegung des Xgen aufgehoben. Gegen dieses Urteil hat die BNetzA Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) eingelegt. Am 10. November 2020 fand eine mündliche Verhandlung in drei Musterverfahren beim BGH statt. Mit Urteil vom 26. Januar 2021 hat der BGH entschieden, dass die BNetzA im Rahmen ihrer Festlegungskompetenz die Höhe des Xgen für die 3. Regulierungsperiode angemessen ermittelt hat.

Im Zusammenhang mit dem Netzentgeltmodernisierungsgesetz und der Diskussion um die Refinanzierung der Offshore-Anbindungskosten für Übertragungsnetzbetreiber sind zum 22. März 2019 Änderungen des Regulierungsrechts in Kraft getreten. Die Änderungen betreffen auch das in der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) etablierte Instrument der Investitionsmaßnahmen (IMA), welches die Vergütung für Erweiterungs- und Umstrukturierungsinvestitionen für Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber regelt. So sollen die bisher festgelegten Betriebskostenpauschalen stärker auf Basis der tatsächlichen Ist-Kosten und differenziert nach dem Inbetriebnahmezeitpunkt einer Investitionsmaßnahme vergütet werden. Vor diesem Hintergrund hat die BNetzA im Jahr 2019 die ursprünglich im Jahr 2011 festgelegten Pauschalen für Erdgasverdichter und Gas-Druckregel- und Messanlagen (GDRM-Anlagen) überprüft und am 11. Dezember 2019 neu festgelegt. Ab 1. Januar 2020 sieht die BNetzA nunmehr im Rahmen der IMA-Genehmigung eine Betriebskostenpauschale von 1,5 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten für Erdgasverdichter und 1,7 Prozent für GDRM-Anlagen vor.

Am 3. Dezember 2020 hat die BNetzA – wie im Rahmen der ARegV-Novelle vom 22. März 2019 gefordert – die Betriebskostenpauschalen für den Zeitraum bis zur Inbetriebnahme von Anlagengütern (ausgenommen Verdichter und GDRM-Anlagen) einer genehmigten Investitionsmaßnahme festgelegt. Ab dem 1. Januar 2021 sieht die BNetzA für die betreffenden Anlagengüter grundsätzlich keine Betriebskostenpauschale mehr vor. Für Investitionsmaßnahmen, die als Streckenmaßnahmen Anschlüsse an das bestehende Leitungsnetz erfordern und damit dort zu belastenden Stillstandseffekten führen können, wurde eine jährliche Pauschale von 0,2 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten festgelegt.

Darüber hinaus hat die BNetzA mit Beschluss vom 15. Dezember 2020 die bestehende Festlegung zur Berechnung der Kapital- und Betriebskosten aus genehmigten Investitionsmaßnahmen geändert. Die Festlegung sieht nunmehr mit Wirkung ab dem 1. Januar 2021 eine in Anlehnung an die aktuelle Rechtsprechung zum Kapitalkostenabgleich angepasste Berechnung der kalkulatorischen Gewerbesteuer sowie eine höhere Transparenz im Falle von tatsächlicher Fremdkapitalfinanzierung vor.

Am 21. Mai 2019 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) den „Branchendialog zur Weiterentwicklung der Anreizregulierung“ gestartet. Ziel der Gespräche war die Identifizierung von punktuellen Anpassungen des Rechtsrahmens zur Beschleunigung des Energienetzausbaus. Zu den Kernthemen zählten neben der regulatorischen Behandlung von Engpassmanagementkosten (Stromnetzbetreiber) auch grundsätzliche Fragen zu den Finanzierungsinstrumenten „Investitionsmaßnahme (IMA)“ und „Kapitalkostenabgleich (KKA)“. Dieser Branchendialog wurde mit einem Bericht im Juni 2020 abgeschlossen. Das BMWi hat sich dabei bisher nicht abschließend positioniert, ob und in welchem Umfang eine Anpassung der Anreizregulierung angestrebt wird, erwägt aber weiterhin eine Harmonisierung des Regulierungsrahmens im Hinblick auf die schon für Verteilnetzbetreiber geltenden Regelungen des KKA.

Am 14. Januar 2021 hat der Generalstaatsanwalt im seit November 2018 laufenden Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegenüber Deutschland (C-718/18) vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) die Schlussanträge gestellt. Im Ergebnis wird festgestellt, dass

die Unabhängigkeit der nationalen Regulierungsbehörde (BNetzA) aufgrund der nationalen Gesetze (EnWG) und Verordnungen (u.a. ARegV, GasNEV) europarechtswidrig und damit unzulässig eingeschränkt sei. Im Kern enthielten die Verordnungen bei der Bestimmung der Netzentgelte zu detaillierte Vorschriften und Vorgaben. Sollte sich der EuGH der Einschätzung des Generalstaatsanwalts anschließen, könnte sich der Entscheidungsspielraum des Gesetz- und Verordnungsgebers für den zukünftigen Regulierungsrahmen deutlich einschränken und sich die autarke Verantwortung der Regulierungsbehörde deutlich ausweiten. Konkrete Auswirkungen auf die gesetzliche Ausgestaltung der Netzentgeltregulierung sind derzeit noch nicht absehbar. Eine Entscheidung des EuGH wird für Mitte des Jahres 2021 erwartet.

Neben dieser möglichen punktuellen Anpassung des Rechtsrahmens wird im Jahr 2021 der Start der Festlegungsverfahren für die Eigenkapitalverzinsung sowie den Xgen für die vierte Regulierungsperiode (2023-2027) durch die BNetzA erwartet. Beide Parameter haben einen unmittelbaren Einfluss auf die von OGE ab 2023 zu vereinnahmende Erlösobergrenze. Anfang November 2020 hat die BNetzA die Ausschreibung des Gutachtens zur Ermittlung der Wagniszuschläge für Gas- und Stromnetzbetreiber der vierten Regulierungsperiode bekanntgegeben. Die Fertigstellung des Gutachtens ist für Mitte 2021 geplant. Das Gutachten soll als Grundlage für die Festlegung der Eigenkapitalverzinsung dienen. Diese ist für Ende 2021 zu erwarten.

Die BNetzA hat im August 2019 ein Verfahren zur Festlegung von zusätzlichen Bestimmungen für die Erstellung und Prüfung von Jahres- und Tätigkeitsabschlüssen gegenüber vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen und rechtlich selbstständigen Netzbetreibern gem. § 6b EnWG eingeleitet. Die finale Festlegung seitens der Behörde erfolgte mit Beschluss vom 25. November 2019. Die Änderungen sind erstmals für die Jahresabschlüsse mit Bilanzstichtag ab dem 30. September 2020 anzuwenden. Demgemäß wird OGE eine entsprechende Zusatzbescheinigung zur Jahresabschlussprüfung bis spätestens zum 31. August 2021 an die BNetzA übermitteln. OGE hat gegen diese Festlegung am 17. Januar 2020 Rechtsbeschwerde vor dem 3. Kartellsenat des OLG Düsseldorf eingelegt, die indes keine aufschiebende Wirkung entfaltet. Das mündliche Verfahren ist für den 9. Juni 2021 terminiert.

In Vorbereitung auf die Bestimmung der Erlösobergrenze der vierten Regulierungsperiode hat die BNetzA die Konsultationen zur Festlegung der Datenerhebung zur Bestimmung des Kostenniveaus sowie Effizienzvergleichs für Fernleitungsnetzbetreiber eingeleitet. Gemäß Konsultation vom 9. Dezember 2020 sind die für das Kostenprüfungsverfahren der BNetzA gemäß § 6 Abs. 1 ARegV notwendigen Kostendaten bis zum 1. Juni 2021 zu übermitteln. Diese umfassen neben den Kosten des Geschäftsjahres 2020 (Basisjahr) auch entsprechende Daten der Vorjahre 2016 bis 2019. Die für die Durchführung des Effizienzvergleichs benötigten Last-, Struktur- und Absatzdaten sind gemäß Festlegung vom 20. Januar 2021 bis zum 30. April 2021 der BNetzA zu übermitteln.

Netzentwicklungspläne und Marktraumumstellung

Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene werden die Netzbetreiber zur Erstellung von Plänen verpflichtet, in denen der künftige Netzausbaubedarf ermittelt und die Planungen des Netzausbaus aufgestellt werden.

Entsprechend den Vorgaben des EnWG haben die Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) gemeinsam in jedem geraden Kalenderjahr einen zehnjährigen Netzentwicklungsplan und in jedem ungeraden Jahr einen gemeinsamen Umsetzungsbericht des zuletzt veröffentlichten Netzentwicklungsplans der Regulierungsbehörde vorzulegen.

Am 17. Juni 2019 haben die FNB den Szenariorahmen zum Netzentwicklungsplan Gas 2020-2030 zur Konsultation veröffentlicht. Ein Schwerpunkt des Szenariorahmens ist das Thema „Grüne Gase“ und deren Integration in die Gasinfrastruktur. Neben Biomethan sollen als Grüne Gase erstmals auch Wasserstoff und synthetisches Methan in der Modellierung berücksichtigt werden. Die zum 1. Oktober 2021 geplante Marktgebietszusammenlegung der beiden deutschen Marktgebiete mit ihren Verantwortlichen NCG und GASPOOL spielt ebenfalls eine zentrale Rolle im Szenariorahmen. Hierdurch soll das einheitliche deutsche Marktgebiet „Trading Hub Europe (THE)“ als zentraler Ausgangspunkt geschaffen werden. Hinsichtlich der Entwicklung des zukünftigen Gasbedarfs wurde der Szenariorahmen konsistent weiterentwickelt und berücksichtigt daher aktuelle Klimaschutzszenarien sowie die jüngsten Überlegungen zum Kohleausstieg. Nach Konsultation und Diskussion mit den Marktteilnehmern wurde der überarbeitete Szenariorahmen am 16. August 2019 an die BNetzA eingereicht und von dieser am 5. Dezember 2019 mit Änderungen und Auflagen, z. B. der Verpflichtung zur Berechnung von zwei Modellierungsvarianten (Basisvariante Erdgas und Grüngasvariante Erdgas und Wasserstoff), bestätigt. Auf der Basis der BNetzA-Bestätigung des Szenariorahmens haben die FNB die Modellierungen des Netzentwicklungsplans Gas 2020-2030 vorgenommen und das Konsultationsdokument zum Netzentwicklungsplan Gas 2020–2030 am 4. Mai 2020 veröffentlicht. Im Rahmen einer öffentlichen Konsultation vom 4. Mai 2020 bis zum 29. Mai 2020 wurde der Öffentlichkeit und dem Markt Gelegenheit zur Äußerung gegeben. Zusätzlich fand am 13. Mai 2020 ein webbasierter Workshop statt, bei dem der Netzentwicklungsplan Gas 2020–2030 erläutert und diskutiert wurde. Nach Abschluss des Konsultationszeitraums wurden die eingegangenen Stellungnahmen ausgewertet, das Konsultationsergebnis in den Entwurf des Netzentwicklungsplans Gas 2020–2030 eingearbeitet und der BNetzA zum 1. Juli 2020 übermittelt.

Der Netzausbauvorschlag der FNB basiert auf der Grüngasvariante. Die FNB schlagen vor, das Fernleitungsnetz um 1.746 km zu erweitern und neue Verdichterleistung in Höhe von 405 MW zu installieren. In Summe ergibt sich ein Investitionsbedarf in Höhe von rund 8,5 Mrd. Euro bis 2030. Der Anteil des für Wasserstoff und Grüne Gase vorgesehenen Investitionsbedarfs beträgt 662 Mio. €.

Der OGE-Anteil am vorgeschlagenen Investitionsbedarf des Netzentwicklungsplans Gas 2020–2030 beträgt insgesamt rund 1,8 Mrd. Euro. Diese Summe umfasst auch bereits im Bau befindliche Investitionsprojekte. Der OGE-Anteil am davon vorgesehenen Investitionsbedarf für Wasserstoff und Grüne Gase beträgt 212 Mio. €.

Die im Vergleich zum vorherigen Netzentwicklungsplan Gas zusätzlichen Maßnahmen stehen größtenteils im Zusammenhang mit der Versorgung von Baden-Württemberg, der Anbindung von Liquefied Natural Gas (LNG) Anlagen, den erforderlichen Ausbaumaßnahmen für Grüne Gase und der Versorgungssicherheit der Niederlande.

Erstmalig werden im Netzentwicklungsplan Gas 2020–2030 die möglichen Kosten für die marktbasierenden Instrumente im Rahmen der zukünftigen Marktgebietszusammenlegung den Kosten eines potenziellen Netzausbaus gegenübergestellt. Für die Engpassanalyse im deutschlandweiten Marktgebiet Trading Hub Europe werden über 51.000 einzelne Lastfälle pro Berechnungsjahr herangezogen. In den betrachteten Szenarien mit unterschiedlichen Ausprägungen prognostizierter Marktverschiebungen kommt es zu signifikanten Variationen der verschiedenen Quellen Russland, Norwegen und LNG. Die insgesamt vergleichsweise geringen Kosten für den Einsatz marktbasierender Instrumente bieten aus Sicht der FNB keine ausreichende Begründung für einen alternativen Netzausbau. Daher wurden diese im Netzausbauvorschlag des Netzentwicklungsplan Gas 2020–2030 nicht berücksichtigt.

Die BNetzA hat zu dem von den FNB vorgelegten Entwurf des Netzentwicklungsplans Gas 2020–2030 nochmals alle tatsächlichen und potenziellen Netznutzer anzuhören und das Ergebnis zu veröffentlichen. Diese Anhörung fand im Zeitraum vom 10. Juli 2020 bis 28. August 2020 statt. Eine Veröffentlichung der Ergebnisse hat die BNetzA bisher nicht vorgenommen. Sie kann anschließend Änderungen des Netzentwicklungsplans Gas verlangen, welche von den FNB innerhalb von drei Monaten einzuarbeiten sind.

Der Netzentwicklungsplan Gas 2020 - 2030 geht in einem gesonderten Kapitel ausführlich auf die Herausforderungen der L-H-Gas-Umstellungsplanung ein. So wird ein Teil des deutschen Gasmarktes mit L-Gas versorgt, welches allein aus Aufkommen der deutschen und der niederländischen Produktion stammt. Die übrigen in Deutschland verfügbaren Aufkommen liefern H-Gas. Aus technischen und eichrechtlichen Gründen werden H-Gas und L-Gas in separaten Systemen transportiert. Aufgrund des stetigen Rückgangs der deutschen und der niederländischen L-Gas-Produktion ist die Umstellung der entsprechenden Bereiche auf H-Gas ein wesentliches Element zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit mit Gas. Die Umstellung auf H-Gas erfordert dabei die Anpassung aller Gasverbrauchsgeräte in dem jeweiligen Bereich auf den höheren Brennwert des H-Gases. Die Kosten hierfür werden gemäß § 19a EnWG durch die FNB über eine separate Umlage bundesweit umgelegt.

Im Rahmen der L-H-Gas-Umstellungsplanung werden im Netzentwicklungsplan Gas 2020 - 2030 L-Gas-Mengen- und Leistungsbilanzen aufgestellt. In diesen Mengen- und Leistungsbilanzen werden Prognosen für die Bedarfs- und Aufkommensentwicklung unter Berücksichtigung der L-H-Gas-Umstellung sowie der abnehmenden L-Gas-Produktion gegenübergestellt. Durch Abstimmungen im Rahmen der vom niederländischen Wirtschaftsministerium initiierten "Task Force Monitoring L-Gas Market Conversion" wurde sichergestellt, dass die am 21. September 2020 beschlossene Reduktion der jährlichen niederländischen L-Gas-Produktion auf 8,1 Mrd. m³ in Einklang mit den im Netzentwicklungsplan Gas 2020 - 2030 getroffenen Planannahmen zum L-Gas-Bedarf in Deutschland steht. Dies gilt ebenso für die avisierte Beendigung der L-Gas Produktion in den Niederlanden ab dem Jahr 2022.

Wesentlicher Bestandteil zur Umstellung von L- auf H-Gas ist der Ausbau des bestehenden Fernleitungsnetzes, um sowohl die Anbindung der heute mit L-Gas versorgten Bereiche an H-Gas-Quellen als auch eine schrittweise Umstellung zu ermöglichen. Im Jahr 2020 betraf der Umstellungsprozess bei OGE 11 Verteilnetzbetreiber und 13 direkt angeschlossene Industriekunden in

Hessen und Nordrhein-Westfalen. Auch die vorgelagerte Erdgasversorgung größerer Städte wie Gießen, Wetzlar und von Teilen von Bergisch-Gladbach wurde erfolgreich von L- auf H-Gas umgestellt. Obwohl bedingt durch die Corona-Pandemie teilweise unterjährige Verzögerungen zu verzeichnen waren, konnten bei OGE alle für das Jahr 2020 geplanten Umstellungsbereiche auch im Jahr 2020 umgestellt werden. Die Umstellung auf H-Gas wird bei OGE nach aktueller Planung im Jahr 2029 abgeschlossen sein.

Technik

OGE hat 2020 diverse Maßnahmen zur Modernisierung und zum Ausbau der technischen Infrastruktur vorgenommen. Darunter befinden sich auch Maßnahmen der in das OGE-Netz integrierten Mittel-Europäische-Gasleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (MEGAL), Essen, Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH & Co. KG (TENP), Essen, Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen, Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund, und ZEELINK GmbH & Co. KG (ZEELINK), Essen.

Ein Projekt der MEGAL, einer Projektgesellschaft von OGE und GRTgaz Deutschland GmbH, Berlin, ist der Bau der Verdichterstation Rimpär auf Basis des Netzentwicklungsplanes Gas (NEP) mit einer Verdichterleistung von 3 x 11 MW. Die Hoch- und Tiefbauarbeiten sowie der Rohrbau sind planmäßig vorangeschritten. Der Abschluss der Inbetriebnahme ist für Ende 2023 geplant.

Von der TENP, einer Projektgesellschaft der OGE und Fluxys TENP, Düsseldorf, wurde basierend auf umfangreichen Untersuchungen im November 2019 beschlossen, dass die mit dem sogenannten Polyken ummantelten Teile des Leitungsabschnitts Boxberg-Wallbach der TENP I nicht wieder in Betrieb gesetzt werden. Um die Versorgungssicherheit gewährleisten zu können, wurden die Leitungsneubauprojekte Mittelbrunn-Schwanheim (38 km, DN 1000) und Hülshausen-Tannenkirchen (16 km, DN 900) sowie der Bau der erforderlichen Verbindungsleitungen an die TENP II-Pipeline in den NEP 2018 aufgenommen. Die Inbetriebnahme ist für Dezember 2024 vorgesehen. Zur Darstellung eines erweiterten Kapazitätsbedarfs am Ausspeisepunkt Wallbach wurden die Leitungsbauprojekte Schwanheim-Elchesheim (41 km, DN 1000), Schwarzach-Eckartsweier (29 km, DN 1000) und Tannenkirch-Hüdingen (16 km, DN 900) in das Entwurfsdokument zum NEP Gas 2020-2030 mit Inbetriebnahme zu Dezember 2025 eingestellt. Das Engineering und die Genehmigungstätigkeiten dieser Neubauprojekte verlaufen planmäßig. Basierend auf den Ergebnissen weiterer Untersuchungen der TENP I konnte ein Teilabschnitt über rd. 28 km im Ausbauabschnitt Schwanheim-Elchesheim wieder in Betrieb gesetzt werden.

In einem Gemeinschaftsprojekt mit Fluxys TENP konnte eine Deodorierungsanlage in Schwörstadt, nahe der Schweizer Grenze, fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Die Anlage befreit aus der Schweiz kommendes Gas von dem geruchsintensiven Stoff THT (Tetrahydrothiophen) und ermöglicht so zusätzliche Transportwege nach Deutschland über die Schweiz aus Italien bzw. Frankreich.

Auf der OGE-Verdichterstation Krummhörn konnte im Februar 2020 die Ende 2019 in Betrieb genommene Maschineneinheit mit Elektroantrieb erstmalig mit überschüssigem Windstrom betrieben werden und damit einen aktiven Beitrag zur Sektorenkopplung in Deutschland liefern. Hinsichtlich der

nächsten Ausbaustufe der Verdichterstation Krummhörn, dem Zubau einer weiteren gasturbinengetriebenen Maschineneinheit (15 MW), ist die Bauausführung nahezu beendet. Die Inbetriebnahme wird Ende 2022 abgeschlossen sein.

Die OGE-Verdichterstation Emsbüren wurde um eine Verdichtereinheit (8 MW) mit Elektroantrieb erweitert. Die Inbetriebnahme ist nach erfolgreichem Abschluss des 600h Tests im Dezember erfolgt.

Das NEP-Leitungsprojekt Heiden-Dorsten (ca. 18 km, DN 500/600) befindet sich im Planfeststellungsverfahren.

Für das NEP-Projekt Erftstadt-Euskirchen (EUSAL, ca. 18,5 km, DN 400) wurde der Planfeststellungsbeschluss im August erlassen. Mit vorbereitenden Tätigkeiten wie Kampfmittelräumung und archäologischen Untersuchungen wurde begonnen.

Im NEP-Leitungsprojekt der NETG, einer Projektgesellschaft von OGE und Thyssengas GmbH, Dortmund, von Voigtslach nach Paffrath (ca. 24 km, DN 900) sind die Bauvorbereitungen fortgeschritten, sodass Mitte des Jahres 2020 mit der Bauausführung begonnen werden konnte. Die Inbetriebnahme ist für Ende 2022 geplant.

Das Projekt ZEELINK, ein Gemeinschaftsvorhaben der Thyssengas GmbH, Dortmund, und der OGE, bestehend aus zwei Verdichterstationen in Würselen (3 x 13 MW) und Legden (2 x 15 MW), einer Erdgasfernleitung von Lichtenbusch bis Legden (ca. 215 km, DN 1000) sowie vier GDRM-Anlagen und einer Gas-Druckregel-Anlage, läuft planmäßig. Die ZEELINK Pipeline wurde in 2019 und 2020 komplett verlegt, sodass nun die abschließenden Arbeiten wie bspw. die Rekultivierung der Trasse weiter fortgesetzt werden können. Beim Bau der Verdichterstation Würselen wurden die Dichtheitsprüfungen der Leitungen und Anlagen erfolgreich abgeschlossen, sodass Anfang 2021 mit der Begasung begonnen werden kann. Die Inbetriebnahme der Leitung und der Verdichterstation Würselen erfolgt planmäßig im Frühjahr 2021. Für die Verdichterstation in Legden wurden die Antragsunterlagen zur Planfeststellung bei der Bezirksregierung Münster eingereicht. Aufgrund eines zwischenzeitlich vom EuGH getroffenen Urteils, gibt es erweiterte Anforderungen an den Wasserschutz. Aus diesem Grund verzögert sich die Genehmigung um ca. sechs Monate und somit auch die geplante Inbetriebnahme der Station auf Mitte 2024. Die Marktraumumstellung ist hierdurch nicht gefährdet. Die als Konsequenz des EuGH-Urteils überarbeiteten Genehmigungsantragsunterlagen wurden an die Behörde übergeben und werden in Kürze offengelegt.

Im Rahmen der sich bis 2029 erstreckenden L-H-Gas-Umstellung plant und baut OGE GDRM-Anlagen mit zugehörigen Erdgasleitungen, die dazu dienen, die umzustellenden L-Gas-Gebiete an H-Gas-Leitungen anzuschließen. Insgesamt wurden mittlerweile 7 GDRM-Anlagen, drei Leitungen und vier Schieberstationen in Betrieb genommen. Die Fertigstellung der restlichen, im Netzentwicklungsplan Gas 2020-2030 definierten Ausbaumaßnahmen für die L-H-Gas Umstellung wird bis 2026 erfolgen.

Die Umrüstung von 39 Prozessgaschromatographen (PGC) im Netz der OGE für die Messung von Wasserstoff wurde abgeschlossen. Die PGCs dienen als Referenzmessstellen für das Gasbeschaffenheitsrekonstruktionssystem und ermöglichen es, zukünftig Beimischungen von bis zu 20 Prozent Wasserstoff im OGE-Netz zu messen.

Im Rahmen der zustandsorientierten Instandhaltung werden insbesondere in Nordrhein-Westfalen Sanierungen an Altleitungen des OGE-Netzes durchgeführt. Außerdem wurden für die Anpassung an Erweiterungen der Infrastruktur in Deutschland zahlreiche Umlegungen der Bestandsleitungen durchgeführt.

Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Konzern verfolgt laufend die aktuellen Entwicklungen. OGE hat als Betreiber kritischer Infrastruktur entsprechende Vorsorgemaßnahmen getroffen, um den Betrieb und somit die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Im Geschäftsjahr gab es durch COVID-19 keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Investitionen

OGE tätigte im Geschäftsjahr 2020 mit 190,7 Mio. € (Vorjahr: 205,2 Mio. €) erwartungsgemäß erneut hohe Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände. Davon betrafen 41,3 Mio. € den Ausbau und die Modernisierung von Verdichterstationen (Vorjahr: 65,3 Mio. €). Auf den Neubau einer Maschineneinheit in Krummhörn entfielen davon 11,9 Mio. €. Mit weiteren 8,4 Mio. € wurde das Entspannkonzent auf der Verdichterstation Waidhaus angepasst und ein Ausbläser erneuert. In den Ausbau und die Modernisierung von Leitungen investierte OGE 72,5 Mio. € (Vorjahr: 55,1 Mio. €). Hierin enthalten sind unter anderem die Umlegung der Leitung zwischen Werne und Schlüchtern mit 8,2 Mio. € und mit 8,0 Mio. € der Neubau der Anschlussleitung Stockum – Bockum - Hövel. Auf sonstige Investitionen entfielen 76,9 Mio. € (Vorjahr: 84,8 Mio. €). Hierzu zählen unter anderem Investitionen im Bereich Mess- und Regelanlagen mit 43,5 Mio. € und Maßnahmen im Bereich der Informationstechnik mit insgesamt 15,7 Mio. €.

Auf Investitionen aus Verpflichtungen des Netzentwicklungsplans entfielen somit in Summe 82,8 Mio. € (Vorjahr: 116,5 Mio. €).

Auf Finanzinvestitionen entfielen 165,0 Mio. €. Die Zugänge bei den Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen Kapitalzuführungen zu ZEELINK (150,8 Mio. €) sowie NETG (13,2 Mio. €) welche zur Finanzierung von Investitionen in diesen Gesellschaften vorgenommen wurden.

Finanzierung

OGE ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Vier Gas Transport GmbH (VGT), Essen. Seit dem 1. Januar 2013 besteht mit VGT ein Ergebnisabführungsvertrag, in dem sich OGE verpflichtet, ihren gesamten Gewinn an VGT abzuführen bzw. VGT sich verpflichtet, etwaige Verluste bei OGE auszugleichen. Der Vertrag wurde auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern er nicht gekündigt wird. Demnach verlängerte sich der Vertrag zuletzt zum 31. Dezember 2020 um ein weiteres Jahr. Zwischen VGT und OGE besteht zudem seit dem 1. Januar 2013 eine körperschaft- und gewerbsteuerliche Organschaft mit VGT als Organträgerin und OGE als

Organgesellschaft. OGE und VGT haben einen Ertragsteuerumlagenvertrag abgeschlossen mit dem Ziel, die wirtschaftlich bei OGE entstandenen Ertragsteuern auf OGE umzulegen. Durch die Ertragsteuerumlagen wird so bei OGE eine Ertragsteuerbelastung ausgewiesen, die ohne steuerliche Organschaft zur VGT bei OGE entstanden wäre. Aufgrund geringerer Investitionserwartungen im Rahmen eines geplanten Projektes konnten in der Vergangenheit eingestellte Gewinnrücklagen in Höhe von 30,0 Mio. € in 2020 wieder aufgelöst werden. Angesichts der Verpflichtungen aus dem Netzentwicklungsplan und den damit verbundenen steigenden Investitionen in den nächsten Jahren, wurden im Geschäftsjahr 60,0 Mio. € in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingelegt.

Weiterhin besteht eine durch VGT abgeschlossene Konsortialkreditlinie in Höhe von 600,0 Mio. € bis 2024. OGE ist ebenfalls Kreditnehmerin unter dem Kreditvertrag und somit berechtigt, die Kreditlinie in Anspruch zu nehmen. Zum Stichtag war die Kreditlinie nicht gezogen.

Innerhalb dieser Kreditlinie existieren drei Nebenkreditlinien in Höhe von 20,0 Mio. €, 10,0 Mio. € und 1,5 Mio. €, wobei erstere als Kontokorrentlinie für den Cashpool der OGE und die zweite als Kontokorrentlinie für die VGT dient. Die dritte Nebenkreditlinie ist für Avale (z. B. Bürgschaften) reserviert und wurde zum Stichtag 31. Dezember 2020 durch die Herausgabe von Bankbürgschaften in Höhe von 1,1 Mio. € in Anspruch genommen.

Im August 2020 hat OGE eine weitere Avallinie in Höhe von 10,0 Mio. EUR abgeschlossen. Diese Linie war zum Stichtag 31. Dezember 2020 durch Bürgschaften in Höhe von insgesamt 1,6 Mio. € in Anspruch genommen.

Zur Deckung ihrer Verpflichtungen aus Pensionsansprüchen nutzt OGE ein Contractual Trust Agreement (CTA). Die Verwaltung des in diesem Zusammenhang aufgesetzten Treuhandfonds erfolgt treuhänderisch durch den Helaba Pension Trust e. V. (Helaba), Frankfurt am Main. Das Planvermögen bei der Helaba ist mit den entsprechenden Pensionsverpflichtungen in der Bilanz saldiert ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2020 erfolgte eine Nachdotierung durch Einzahlung in das Planvermögen für die betriebliche Altersvorsorge in Höhe von 48,8 Mio. € sowie für Langzeitkonten in Höhe von 6,2 Mio. €.

Zum Bilanzstichtag überschritten die Mittel des Fonds die bei OGE gebildeten Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen um 5,8 Mio. € sowie für Langzeitkonten um 0,7 Mio. €. Die Deckungsquote für Pensionsverpflichtungen und Langzeitkonten liegt bei jeweils 101,2 Prozent.

Wirtschaftsbericht

Das Transportgeschäft blieb im Jahr 2020 weitgehend unberührt von der Corona-Pandemie. Die Kapazitätsnachfrage bewegte sich im erwarteten Bereich. Durch Aufteilung in kleinere Teams, entsprechende Vorkehrungen für den Gesundheitsschutz und Beschränkung persönlicher Kontakte auf das Mindestmaß konnte der Gastransport uneingeschränkt aufrechterhalten werden und auch die geplanten Wartungs- und Investitionsmaßnahmen weitgehend nach Plan umgesetzt werden.

Zum 1. Januar 2020 hat OGE die einheitlichen Transportentgelte für die Einspeisung (Entry) und Ausspeisung (Exit) angepasst. Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich rund 0,5 Prozent niedrigere Entgelte für die Ein- und Ausspeisung im Marktgebiet NCG und um 83 Prozent höhere Entgelte im Marktgebiet GASPOOL. Die angepassten Entgelte beruhen insbesondere auf dem mit der neuerlichen

BNetzA-Festlegung REGENT einhergehenden für jedes Marktgebiet einheitlichen Briefmarkenentgelt. Das einheitliche und ab dem 1. Januar 2020 geltende Netzentgelt für eine feste frei zuordenbare Transportkapazität basiert insbesondere auf Veränderungen im prognostizierten Kapazitätsbuchungsverhalten und den von der BNetzA genehmigten zulässigen Erlösen der Fernleitungsnetzbetreiber für das Jahr 2020, die im Wesentlichen durch Netzinvestitionen begründet sind.

Insgesamt verzeichnete OGE im Geschäftsjahr 2020 einen Umsatzrückgang von 1,7 Prozent auf 1.076,3 Mio. € (Vorjahr: 1.095,3 Mio. €). Damit lagen die Umsätze, wie erwartet, auf dem Niveau des Vorjahres. Der Gesamtbetrag umfasst dabei Umsätze aus dem Gastransportgeschäft sowie aus dem Dienstleistungsgeschäft. Die Umsätze aus dem Gastransportgeschäft betragen im Geschäftsjahr 2020 905,8 Mio. € (Vorjahr: 913,7 Mio. €).

Die Umsätze aus dem Gastransport lagen mit 100,1 Mio. € deutlich oberhalb der nach § 4 ARegV erwarteten zulässigen Erlösobergrenze. Diese erheblichen Mehrerlöse beruhen zu großen Teilen auf einer seitens der BNetzA im Jahr 2019 festgelegten Senkung der erlaubten Betriebskostenpauschalen bei bestimmten Investitionsmaßnahmen, welche aufgrund des späten Festlegungszeitpunktes nicht mehr in den Entgelten des Geschäftsjahres 2020 abgebildet werden konnten. Darüber hinaus wirkten sich eine höhere Vermarktung von Transportkapazitäten und geringere Kosten für Antriebsenergie aus. Die Mehrerlöse wurden mit Bildung einer regulatorischen Rückstellung zum Bilanzstichtag einbezogen und werden gemäß dem ARegV-Mechanismus im Rahmen einer periodenübergreifenden Saldierung in den Jahren 2022 bis 2024 bei der jeweiligen Entgeltermittlung mindernd berücksichtigt.

Die Umsätze im Dienstleistungsgeschäft inklusive Bestandveränderungen lagen bei 212,0 Mio. € und damit deutlich über dem Vorjahresniveau (197,0 Mio. €). Ursächlich war in diesem Bereich insbesondere eine höhere Projektstätigkeit, welche sich teilweise auch in höheren Materialaufwendungen niederschlug.

Der Materialaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr erwartungsgemäß um insgesamt rund 41,7 Mio. €. Der Anstieg ist insbesondere auf gestiegene Wälzungsbeträge für die Marktraumumstellungsumlage zurückzuführen.

Das Beteiligungsergebnis reduzierte sich im Vorjahresvergleich um 2,3 Mio. € und lag damit, wie prognostiziert, leicht unter dem Niveau des Vorjahres.

Erwartungsgemäß lagen die Zinsaufwendungen mit 63,2 Mio. € deutlich über dem Niveau des Vorjahres (26,9 Mio. €). Der Anstieg resultiert überwiegend aus der Bewertung langfristiger Rückstellungen.

Das Ergebnis vor Steuern der OGE reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 125,5 Mio. € auf 221,3 Mio. €, was im Wesentlichen auf die zuvor genannten Entwicklungen in den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zurückzuführen ist. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung belief sich auf 126,7 Mio. € und lag im Geschäftsjahr 2020 entsprechend den Erwartungen deutlich unter dem Wert des Vorjahres (240,7 Mio. €). Im Geschäftsjahr wurden zudem Gewinnrücklagen der Gesellschaft in Höhe von 30 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) aufgelöst. Insgesamt konnten dadurch 156,7 Mio. € (Vorjahr: 200,00 Mio. €) Ergebnis an die einzige Gesellschafterin VGT abgeführt werden.

Die Bilanzsumme der OGE betrug zum Stichtag 31. Dezember 2020 insgesamt 2.974,8 Mio. € (Vorjahr: 2.777,4 Mio. €). Daraus abgeleitet ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 76,8 Prozent (Vorjahr: 81,2 Prozent). Das Fremdkapital entfällt mit 72,5 Prozent (Vorjahr: 69,3 Prozent) auf Rückstellungen, mit 26,7 Prozent (Vorjahr: 30,0 Prozent) auf Verbindlichkeiten sowie mit 0,8 Prozent (Vorjahr: 0,7 Prozent) auf Rechnungsabgrenzungsposten. Vom gesamten Vermögen der OGE entfielen zum Bilanzstichtag 2.693,0 Mio. € (Vorjahr: 2.471,8 Mio. €) und somit 90,5 Prozent (Vorjahr: 89,0 Prozent) auf das Anlagevermögen.

Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31. Dezember 2020 auf 53,1 Mio. € und haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 95,0 Mio. € reduziert. Aus der laufenden Geschäftstätigkeit erwirtschaftete OGE im Geschäftsjahr 2020 einen operativen Cashflow in Höhe von 294,8 Mio. € (Vorjahr: 227,3 Mio. €). Der Cashflow aus Investitionstätigkeit belief sich auf -292,4 Mio. € (Vorjahr: -346,4 Mio. €) und beinhaltet neben den Auszahlungen für Investitionen auch erhaltene Beteiligungserträge in Höhe von 89,7 Mio. € (Vorjahr: 164,2 Mio. €). Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit belief sich auf -97,4 Mio. € (Vorjahr: 177,2 Mio. €). Dieser entfiel im Wesentlichen auf die zahlungswirksame Kapitalerhöhung durch die Muttergesellschaft VGT in Höhe von 60,0 Mio. € sowie dem gegenüberstehend einem Mittelabfluss aus der Ergebnisabführung an VGT in Höhe von 156,7 Mio. €. Der Cashflow lag damit, wie prognostiziert, insgesamt deutlich unter dem Niveau des Vorjahres.

Zusammenfassend sieht die Geschäftsführung – wie im Vorjahr prognostiziert – für das Geschäftsjahr eine stabile und gesicherte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Darstellung der Tätigkeiten gemäß § 6b EnWG

OGE erwirtschaftet den überwiegenden Teil ihrer Umsätze und Erträge innerhalb des Gassektors, speziell im Bereich von Gasfernleitungen. Die Tätigkeiten in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen die Vermarktung von Transportkapazitäten sowie die damit zusammenhängenden Kosten für Planung, Bau, Betrieb, Steuerung und Instandhaltung des Gasfernleitungsnetzes.

Die Sparte „Gasfernleitung“ erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr bei Umsätzen von 917,7 Mio. € (Vorjahr: 925,6 Mio. €) ein Ergebnis nach Steuern von 53,0 Mio. € (Vorjahr: 144,8 Mio. €).

In der Sparte „Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors“ werden die Geschäftsaktivitäten „Netzsteuerung für andere Netzinfrastrukturbetreiber“ dargestellt. Diese Sparte erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr bei Umsätzen von 7,5 Mio. € (Vorjahr: 7,3 Mio. €) ein Ergebnis nach Steuern von 1,1 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €).

Gemäß der Geschäftsstruktur der OGE werden in der Sparte „Tätigkeiten außerhalb des Gassektors“ im Wesentlichen Beteiligungen, technische und Ingenieurdienstleistungen sowie kaufmännische und IT-Dienstleistungen als Aktivitäten subsummiert. Diese Sparte erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr bei Umsätzen von 151,1 Mio. € (Vorjahr: 162,5 Mio. €) und einem Beteiligungsergebnis von 88,9 Mio. € (Vorjahr: 91,2 Mio. €) ein Ergebnis nach Steuern von 73,1 Mio. € (Vorjahr: 94,0 Mio. €).

Umwelt- und Arbeitnehmerbelange

Umweltschutz

Im Oktober 2020 hat OGE externe Audits bestanden und damit die Rezertifizierungen des integrierten Managementsystems nach DIN EN ISO 9001 (Qualitätsmanagement), DIN EN ISO 14001 (Umweltmanagement) und DIN ISO 45001 (Arbeitsschutzmanagement) erreicht. Gleichzeitig erfolgte eine Umstellung des Energiemanagementsystems auf die neue Ausgabe der DIN EN ISO 50001. Die Bestätigung zum Technischen Sicherheitsmanagement (TSM) gemäß DVGW G1000 hat weiter eine Gültigkeit bis Ende Q3 2021.

Umweltschutz hat bei OGE einen sehr hohen Stellenwert. Umweltereignisse, die monetären Einfluss auf die OGE hatten, waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen. Bei Baumaßnahmen sowie bei laufendem Betrieb des Leitungsnetzes werden die entsprechenden Umweltschutzauflagen berücksichtigt und eingehalten.

Die Verdichterstationen unterliegen dem Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) und den zugehörigen Verordnungen. Alle daraus resultierenden Pflichten wie die Anpassung von Überwachungsplänen, die Neuberechnung und Anzeige von geänderten Kapazitäten und die Berichterstattung zu Änderungen im Betrieb aufgrund von Umbaumaßnahmen sowie die jährliche Berichterstattung der Emissionen sind routinemäßig erfüllt worden. Die Abgabe der Zertifikate für 2019 via EU-Register erfolgte im April 2020. Die Anträge zur kommenden vierten Handelsperiode (2021-2030) zur Zuteilung von kostenlosen Emissionsrechten wurden fristgerecht gestellt.

Als Teil der gesellschaftlichen Verantwortung ergreift OGE seit langem verschiedene Maßnahmen zur Reduzierung von Methanemissionen. OGE hat sich daher auch im letzten Jahr entschlossen, im Rahmen des United Nations Environment Programms (UNEP) seinen Beitritt zum Oil and Gas Methan Partnership zu erklären. Damit verpflichtet sich OGE, entsprechend den dort mit der EU in Einklang befindlichen Methan-Minderungsmaßnahmen zu agieren. OGE hat bereits geeignete Maßnahmen zur Emissionsminderung identifiziert und deren Umsetzung begonnen. Darüber hinaus hat OGE sich das Ziel gesetzt, die Methanemissionen bis 2025 im Vergleich zu 2009 um 55 Prozent zu reduzieren.

Um weitere Reduktionspotentiale von Emissionen zu erschließen, wurde in diesem Jahr ein weiterer mobiler Verdichter beschafft und in Betrieb genommen, sodass nun drei Einheiten zum Umpumpen von Gas bei Maßnahmen im Leitungsnetz eingesetzt werden können. Außerdem wurde die erste von drei mobilen Fackelanlagen in Betrieb genommen. Die mobilen Anlagen leisten einen signifikanten Beitrag zur Reduktion der Methanemissionen, sowohl im eigenen als auch in fremden Netzen.

OGE arbeitet außerdem daran, Verfahren weiterzuentwickeln, die für den Anlagen- und Leitungsbau und den sicheren Betrieb des Leitungsnetzes erforderlich sind. Insbesondere beschäftigt sich OGE im Rahmen der Herausforderungen der Energiewende mit der intelligenten Kopplung der Infrastrukturen Strom und Gas und dem Transport von Wasserstoff. Hier wird insbesondere die Tauglichkeit der bestehenden Assets für den Wasserstofftransport untersucht. Für sieben Leitungsabschnitte liegen bereits positive Machbarkeitsstudien eines unabhängigen Sachverständigen vor.

Mitarbeiter

Ende 2020 waren bei OGE 1.486 Mitarbeiter beschäftigt (exklusive Geschäftsführung und Auszubildende). Der gesamte Personalaufwand im Geschäftsjahr belief sich auf 176,9 Mio. € (Vorjahr: 162,3 Mio. €).

OGE bildet an acht Standorten in Nordrhein-Westfalen (Essen und Ummeln), Niedersachsen (Krummhörn), Bayern (Rimpar, Waidhaus und Wildenranna), Hessen (Gernsheim) und Rheinland-Pfalz (Mittelbrunn) den technischen und kaufmännischen Fachkräftenachwuchs aus. Seit 2016 stellen wir auch zusätzliche technische Ausbildungsplätze für Flüchtlinge zur Verfügung.

OGE verfolgt das Ziel, die Anzahl der Unfälle und sonstige gesundheitliche Beeinträchtigungen beim eigenen Personal und bei Partnerfirmen kontinuierlich zu reduzieren sowie Arbeitsergonomie und Gesundheitsschutz weiter zu verbessern. Im Geschäftsjahr 2020 wurden die entsprechenden Ziele erreicht. Die Anzahl der arbeitsbedingten Unfälle, gemessen am TRIFcomb¹, ist im langjährigen Mittel und unter Berücksichtigung des Anteils von Tätigkeiten mit erhöhter Gefährdung (Bautätigkeiten) weiter abnehmend. Dieser Indikator sank trotz gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhter Bautätigkeit leicht auf 4,7 (Vorjahr: 4,9). Durch die externen Auditoren des Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagementsystems wurde erneut eine positive Entwicklung der Sicherheitskultur festgestellt. Aktivitäten zum HSE-Fremdfirmenmanagement wurden insbesondere in den großen Neubauprojekten intensiviert.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f Abs. 4 HGB²

Aufgrund des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hatte OGE als mitbestimmtes Unternehmen mit in der Regel mehr als 500 Mitarbeitern im Jahr 2017 die Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat, in der Geschäftsführung sowie in den beiden oberen Management-Ebenen festgelegt, die bis zum 31. Dezember 2021 erreicht werden sollen. Bis zu diesem Stichtag soll der prozentuale Anteil von Frauen in den genannten Gremien bzw. Management-Ebenen folgende Größenordnungen aufweisen:

Aufsichtsrat: 17 Prozent

Geschäftsführung: 25 Prozent

Bereichsleiter: 8 Prozent

Abteilungsleiter: 15 Prozent

Die Zielgröße für die Geschäftsführung wurde auf Basis eines vierköpfigen Gremiums festgelegt. Allerdings wurde Mitte 2019 entschieden, die Position des Geschäftsführers Business Services nach dem altersbedingten Ausscheiden des derzeitigen Amtsinhabers zum 31. März 2020 nicht

¹ Summe aller arbeitsbedingten Unfälle (Arbeits- und Dienstwegeunfälle) von eigenen Mitarbeitern und Fremdfirmenmitarbeitern mit ärztlicher Behandlung und/oder Ausfallzeit, bezogen auf eine Million geleistete Arbeitsstunden.

² Der Inhalt und Gegenstand des Kapitels war gemäß § 317 Abs. 2 HGB nicht Bestandteil der Prüfung durch den Abschlussprüfer.

nachzubesetzen. Vor diesem Hintergrund erschweren rechtliche Aspekte wie Vertragslaufzeiten die Einhaltung dieser Zielgröße.

Um mittelfristig mehr Führungspositionen mit Frauen besetzen zu können, setzt OGE neben externen Rekrutierungen weiterhin auf geeignete Förder- und Entwicklungsmaßnahmen. Flankiert werden diese Maßnahmen durch vielfältige Unterstützungsangebote hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darüber hinaus unterstützt das Unternehmen das eigeninitiativ gegründete Frauennetzwerk [women@OGE](#).

Chancen- und Risikobericht

OGE ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die mit ihrer unternehmerischen Tätigkeit verbunden sind. Entsprechend den gesetzlichen Anforderungen des KonTraG hat das unternehmensinterne Risikomanagementsystem das Ziel, bestandsgefährdende Risiken durch ein Steuerungs- und Kontrollsystem zu identifizieren, zu erfassen und falls notwendig Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen.

Grundlage für das Risikomanagement ist die konzernweite verbindliche Chancen- und Risiken-Richtlinie. Die Risikoberichterstattung ist in das interne Kontrollsystem integriert. Somit sind die kontinuierliche Identifikation und Bewertung bedeutsamer Chancen und Risiken gewährleistet.

Darstellung des Chancen- und Risikomanagementprozesses

Die Chancen- und Risikolage des Unternehmens wird quartalsweise in Form eines standardisierten Prozesses erhoben und dokumentiert. Geschäftsleitung und Aufsichtsrat werden im Rahmen dieses Prozesses regelmäßig informiert. Ziel ist es, wesentliche Chancen und Risiken frühzeitig zu erkennen und – sofern möglich und notwendig – Sicherungsmaßnahmen einzuleiten.

Als Risiko bzw. Chance ist ein Ereignis definiert, das zu einer Abweichung gegenüber der Mittelfristplanung führt. Diese deckt einen Zeitraum von 5 Jahren ab.

Risiken werden hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und möglicher Nettoauswirkung (d.h. maximale Auswirkung des Ereignisses auf Ergebnis vor Steuern und/oder Liquidität) bewertet und grundsätzlich über den 5-Jahreszeitraum kumuliert an die Geschäftsführung berichtet. Die Meldeschwelle liegt im Einzelfall bei einer Nettoauswirkung von 10,0 Mio. € kumuliert über den 5-Jahreszeitraum. Die Nettoauswirkung ist definiert als Wert des Risikos nach Berücksichtigung von Sicherungsmaßnahmen im Fall eines Risikoeintritts („worst-case“). Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit größer 50 Prozent sind grundsätzlich in der Mittelfristplanung enthalten. Darüber hinaus werden mögliche Chancen ebenfalls erfasst.

Als bedeutsam gelten Risiken ab einer Größenordnung von 100,0 Mio. € im genannten Zeitraum. Risiken dieser Größenordnung werden dem Aufsichtsrat berichtet.

Bedeutsame Risiken

Die bedeutsamen Risiken erfahren eine Einordnung nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Nettoauswirkung entsprechend der folgenden Darstellung:

Eintrittswahrscheinlichkeit in %	niedrig	≤ 5
	moderat	$> 5 \leq 20$
	hoch	> 20
Nettoauswirkung in Mio. € kumuliert über 5 Jahre	gering	$\geq 100 \leq 200$
	mittel	$> 200 \leq 300$
	hoch	> 300

Regulierungsrahmen: Die Risikolage der OGE ist wesentlich durch das regulatorische Umfeld geprägt. Als reguliertes Unternehmen sind Ertragslage und Ertragsaussichten der OGE unmittelbar von Entscheidungen der Regulierungsbehörden abhängig. Wesentliche Parameter des regulierten Umsatzes sind die Kostenanerkennung, die Eigenkapitalverzinsung, der allgemeine sektorale Produktivitätsfaktor sowie der unternehmensspezifische Effizienzwert. Entscheidungen der Behörden wirken entsprechend auf Umsatz- und Ertrags- sowie Liquiditätslage.

Eintrittswahrscheinlichkeit: moderat

Nettoauswirkung: hoch

Technische Anlagen und Standortbedingungen: Im Zeitablauf verändern sich lokale Standortgegebenheiten (z. B. veränderte Bodenbeschaffenheit durch Erosion). In der Folge können Maßnahmen zur Wiederherstellung der ursprünglichen Gegebenheiten erforderlich werden.

Eintrittswahrscheinlichkeit: niedrig

Nettoauswirkung der Einzelrisiken: gering

Investitionserfordernisse: Aufgrund der hohen Anlagenintensität des OGE-Geschäftes können zusätzliche Investitionserfordernisse mittelfristig zu erheblichen zusätzlichen Finanzierungsbedarfen führen. Vor dem Hintergrund der Regulierung stehen diesen zusätzlichen Investitionen allerdings auch regelmäßig Chancen aus zusätzlichen Transportumsätzen gegenüber.

Marktbedingte Preisentwicklungen, zusätzlich erforderliche Maßnahmen während der Projektabwicklung sowie Änderungen des Netzentwicklungsplans oder gesetzlicher Vorgaben (z.B. Emissionsgesetzgebung) können höhere Investitionsvolumina zur Folge haben.

Eintrittswahrscheinlichkeit: moderat

Nettoauswirkung: hoch

Durch externe Einflüsse wie z. B. Naturkatastrophen können bedeutsame Anlagen (z. B. Verdichterstationen) ganz oder teilweise zerstört werden, was zu einer zeitweisen Unterbrechung bis hin zu lokalem Ausfall des Gastransportes führen kann. Neben zeitlich begrenzten Ergebnisausfällen kann ein erforderlicher Neuaufbau zusätzlichen Finanzierungsbedarf begründen.

Eintrittswahrscheinlichkeit: niedrig

Nettoauswirkung: gering

Weitere Risiken

Informationstechnik:

OGE bedient sich zum Betrieb und zur Steuerung des Leitungsnetzes komplexer Informationstechnologie (IT). Es bestehen daher grundsätzlich Risiken aus dem Ausfall von Teilen der IT-Systeme mit der Folge vorübergehender Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit. Der Ausfall kann durch vorsätzliche, unbefugte Modifikation (externer Zugriff) und/oder die Beeinträchtigung der Funktionalität durch Fehler im Betrieb oder in Hard- und Softwarekomponenten verursacht werden. Hierdurch könnten sowohl Vermarktungssysteme als auch Systeme für die Netzsteuerung betroffen sein.

Integritätsverletzungen können sowohl die Vermarktungs- als auch die Netzsteuerungssysteme betreffen. Durch Systemfehler oder Systemversagen kann eine ordnungsgemäße Abwicklung der Netzsteuerung oder Transportkapazitätsvermarktung nicht mehr gewährleistet sein. Dies kann zu Schadensersatzansprüchen von Transportkunden führen.

OGE sichert diese Risiken durch Redundanzkonzepte sowie umfangreiche Qualitätssicherungs- und Zugriffsschutzsysteme ab. OGE ist nach dem für alle Netzbetreiber verpflichtenden IT-Sicherheitskatalog der BNetzA zertifiziert. Die Anforderungen der Gesetzgebung werden erfüllt. Auswirkungen, die mögliche Ansprüche Dritter begründen, sind adäquat durch Versicherungen abgedeckt. Über die Anforderungen der Zertifizierung hinaus verprobt OGE die Bedrohung durch Risiken im IT-Umfeld von Zeit zu Zeit mit externen Beratern. Eine solche Überprüfung fand zuletzt im abgelaufenen Geschäftsjahr statt.“

Transportabwicklung:

Zur Sicherstellung der fehlerfreien operativen Abwicklung des Transportgeschäftes setzt OGE hohe Qualitätsstandards und ausgeprägte Qualitätssicherungskonzepte ein. Dennoch lassen sich Fehler und daraus abgeleitete etwaige Schadensersatzansprüche von Kunden nicht zu 100 Prozent ausschließen.

Die Mehrheit der Umsätze aus der Vermarktung von Transportkapazitäten erwirtschaftet OGE mit einer geringen Anzahl von großen Kunden. Kündigungen von langfristigen Kapazitätsbuchungen führen aufgrund der Regulierungskontosystematik nur temporär zu Umsatzrückgängen. Entstehende Mindererlöse im Vergleich zur genehmigten Erlösobergrenze werden im sog. Regulierungskonto erfasst, verzinst und entsprechend über eine Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze in zukünftigen Geschäftsjahren ausgeglichen. Ein nachhaltiges Risiko aus Nachfrageschwankungen besteht daher nicht. Das Liquiditätsrisiko wird zudem durch die bestehende Konsortialkreditlinie minimiert.

Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB

Währungsänderungsrisiken aus Beschaffungsgeschäften werden bei OGE grundsätzlich durch Einsatz von Devisentermin- und -kassageschäften abgesichert. Darüber hinaus setzt die Gesellschaft keine derivativen Finanzinstrumente ein. Abgesicherte Beschaffungsgeschäfte sind bereits im Laufe des Geschäftsjahres ausgelaufen, sodass sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 keine derartigen Kontrakte mehr im Bestand befanden.

Chancen

Chancen ergeben sich im Wesentlichen im Falle zusätzlicher Effizienzsteigerungen gegenüber der genehmigten Erlösobergrenze. Diese haben jedoch aufgrund des regulatorischen Rahmens nur temporären Charakter.

Darüber hinaus können sich aus einer möglichen Änderung des regulatorischen Rahmens weitere Chancen und Risiken für OGE ergeben.

Korrespondierend zum Risiko höherer Ausbaupflichtungen aufgrund eines veränderten Netzentwicklungsplans besteht die Chance erhöhter Rückflüsse aus zusätzlichen Investitionen.

Gesamtbeurteilung der Chancen- und Risikolage

Zusammenfassend sieht die Geschäftsführung – wie im Vorjahr – zum Abschlusstichtag und für den Prognosezeitraum keine bestandsgefährdenden Risiken und erachtet die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft als voll gegeben.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Corona-Pandemie führte laut der Einschätzung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland zum stärksten Einbruch der Wirtschaftsleistung in einem Quartal seit Beginn der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Jahr 1970. Vor diesem Hintergrund prognostiziert der Sachverständigenrat für das Jahr 2021 eine Erholung, die mit einem Wachstum von 3,7 Prozent einhergeht.

Zum 1. Januar 2021 hat OGE die einheitlichen Transportentgelte für die Einspeisung (Entry) und Ausspeisung (Exit) angepasst. Gegenüber 2020 ergeben sich rund 7,4 Prozent niedrigere Entgelte für die Ein- und Ausspeisung im Marktgebiet Net Connect Germany sowie rund 1,2 Prozent niedrigere Entgelte im Marktgebiet GASPOOL. Anders als in den Vorjahren werden die Netzentgelte nur vom 1. Januar 2021 bis 1. Oktober 2021 Anwendung finden. Ab dem 1. Oktober 2021 werden auf Basis der Festlegung REGENT der Bundesnetzagentur einheitliche Entgelte für das neue gemeinsame Marktgebiet Trading Hub Europe erhoben. Die Veröffentlichung der Netzentgelte erfolgte durch OGE am 28. September 2020. Hieraus ergeben sich im neuen Marktgebiet THE rund 1 % höhere Entgelte im Vergleich zum aktuellen Marktgebiet Net Connect Germany sowie rund 14 Prozent höhere Entgelte im Vergleich zum aktuellen Marktgebiet GASPOOL.

Insgesamt rechnet die Geschäftsführung für das Jahr 2021 mit Transportumsätzen leicht über dem Niveau des Geschäftsjahres 2020.

Im Dienstleistungsgeschäft wird für Umsatz und Bestandsveränderungen eine Leistung deutlich unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2020 erwartet. Der Materialaufwand wird auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2020 prognostiziert.

Im Finanzergebnis werden deutlich niedrigere Zinsaufwendungen aus der Bewertung von Rückstellungen erwartet. Die Abschreibungen werden aufgrund der hohen laufenden

Investitionstätigkeit im Vergleich zum Berichtsjahr leicht höher prognostiziert und das Beteiligungsergebnis wird leicht unter dem Niveau des Vorjahres erwartet.

Aufgrund der genannten Effekte geht die Geschäftsführung für das Jahr 2021 insgesamt von einem Jahresüberschuss merklich oberhalb des Niveaus des Geschäftsjahres 2020 aus.

Die Investitionen basieren weiterhin weitgehend auf Maßnahmen des Netzentwicklungsplans, umfangreichen Ersatzinvestitionen sowie Eigenkapitalzuführungen in Leitungsgesellschaften, wenngleich sie in der Prognose deutlich unter dem Niveau des Berichtsjahres liegen.

Aufgrund der erwarteten geringeren Investitionstätigkeit wird für das Jahr 2021 insgesamt ein Cashflow deutlich über dem Niveau des Geschäftsjahres 2020 prognostiziert. Zusammenfassend rechnet die Geschäftsführung mit einer stabilen und gesicherten Liquiditätslage der Gesellschaft.

Auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit ist es das Ziel der Geschäftsführung, die Anzahl der arbeitsbedingten Unfälle, gemessen am TRIFcomb, weiterhin auf niedrigem Niveau zu halten und die Sicherheitskultur weiterzuentwickeln. Dazu wurden entsprechende Maßnahmen aufgesetzt bzw. weitergeführt.

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020**

Open Grid Europe GmbH, Essen
Bilanz zum 31. Dezember 2020

		31.12.2020		31.12.2019		Passiva	
		€	TE	€	TE	€	TE
A. Anlagevermögen							
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	(1)	66.752.336	68.423				
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		7.131.804	7.789			110.324	
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte u. ähnliche Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten		56.263.961	52.305			1.323.703	
3. Geleistete Anzahlungen		3.356.471	8.329			821.321	2.295.548
II. Sachanlagen	(2)						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken		158.534.093	146.930			8.280	
2. Technische Anlagen und Maschinen		1.263.732.226	1.253.419			12	
3. Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung		44.466.968	35.021				
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		162.622.373	133.884			353.235	361.527
III. Finanzanlagen	(3)	1.628.355.670	1.569.254				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		813.853.274	663.103			16.487	
2. Beteiligungen		180.737.186	168.459			27.613	
3. Sonstige Ausleihungen		2.304.229	2.582			4.900	
B. Umlaufvermögen		986.894.693	834.144				
I. Vorräte	(4)	2.693.042.695	2.471.821				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		13.450.766	13.145			156.397	
2. Umlaufende Leistungen		111.014.471	69.479			3.921	
3. Waren		12.066.650	11.750				
4. Sonstige Vorräte		7.656.936	11.501				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(5)	144.193.823	106.875				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		17.468.791	17.133				
2. Forderungen gegen Gesellschafter		6.164.793	0				
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		27.459.657	14.213				
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		6.253.604	2.474				
5. Sonstige Vermögensgegenstände		17.915.479	14.081				
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	(6)	75.282.324	47.901				
		53.087.734	146.103				
		272.563.881	301.879				
		2.684.657	1.744				
C. Rechnungsabgrenzungsposten							
D. Aktiver Unterschiedsbeitrag aus der Vermögensverrechnung	(7)	6.507.367	1.949				
		2.974.798.600	2.777.393			2.974.798.600	2.777.393
Anhang		€	TE	€	TE	€	TE
A. Eigenkapital		(8)					
I. Gezeichnetes Kapital		110.324.332					
II. Kapitalrücklage		1.383.703.088					
III. Gewinnrücklagen		791.520.579					
		2.285.547.979					
B. Rückstellungen		(9)					
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		8.612.236					
2. Steuerrückstellungen		1.935.990					
3. Sonstige Rückstellungen		489.277.879					
		500.028.105					
C. Verbindlichkeiten		(10)					
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen und Leistungen		30.774.798					
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		15.934.297					
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		0					
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		93.471.719					
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		27.446.032					
6. Sonstige Verbindlichkeiten		16.212.856					
		183.839.702					
D. Rechnungsabgrenzungsposten		5.394.814					

Open Grid Europe GmbH, Essen
Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020

	Anhang	€	€	2019 T€
1. Umsatzerlöse	(11)		1.076.300.772	1.095.325
2. Bestandsveränderungen			41.535.568	15.379
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	(12)		22.718.283	19.648
4. Sonstige betriebliche Erträge	(13)		22.135.181	32.068
- davon Erträge aus Währungsumrechnung € 4.163 (Vj. T€ 2)				
5. Materialaufwand	(14)			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		-73.443.936		-86.953
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-487.931.917		-432.691
			-561.375.853	-519.644
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter		-138.719.429		-130.382
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
- davon für Altersversorgung € 16.451.138 (Vj. T€ 11.268)		-38.172.960		-31.898
			-176.892.389	-162.280
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(15)		-132.205.289	-115.573
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(16)		-96.811.121	-82.602
- davon Aufwendungen aus Währungsumrechnung € 32.541 (Vj. T€ 79)				
9. Beteiligungsergebnis	(17)		88.888.588	91.166
- davon aus verbundenen Unternehmen € 73.964.473 (Vj. T€ 77.453)				
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(18)		198.645	198
- davon aus verbundenen Unternehmen € 77.638 (Vj. T€ 59)				
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(19)		-63.223.660	-26.895
- davon Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen € 71.625.775 (Vj. T€ 70.884)				
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(20)		-94.053.786	-105.512
13. Ergebnis nach Steuern			127.214.939	241.278
14. Sonstige Steuern	(21)		-489.500	-571
15. Aufwendungen aus der Ergebnisabführung	(22)		-156.725.439	-200.000
16. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss			-30.000.000	40.707
17. Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen			30.000.000	0
18. Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen			0	-40.707
19. Bilanzgewinn			0	0

Open Grid Europe GmbH, Essen

Anhang für das Geschäftsjahr 2020

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Open Grid Europe GmbH (OGE), Essen, wird beim Amtsgericht Essen unter der Handelsregisternummer HRB 17487 geführt.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften der §§ 242 ff. des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für Kapitalgesellschaften (§ 264 ff. HGB), des GmbH-Gesetzes (GmbHG) und des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) aufgestellt.

Die Gesellschaft erfüllt im Berichtsjahr die Größenmerkmale einer großen Kapitalgesellschaft i.S.d. § 267 Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 267 Abs. 4 HGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) aufgestellt.

Die Vier Gas Transport GmbH (VGT), Essen, ist alleinige Gesellschafterin der OGE. Mit VGT ist mit Wirkung zum 1. Januar 2013 ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen worden. Ebenfalls besteht zwischen beiden Gesellschaften seit dem 1. Januar 2013 eine ertragsteuerliche Organschaft.

II. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden

Anlagevermögen

Die Entwicklung der Bilanzposten des Anlagevermögens i.S.d. § 266 HGB im Geschäftsjahr ist im Einzelnen im Anlagespiegel dargestellt (§ 284 Abs. 3 HGB).

Die Immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Die Bewertung der Herstellungskosten erfolgt zu den handelsrechtlichen Pflichtbestandteilen i.S.d. § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB zuzüglich allgemeiner Verwaltungskosten. Angemessene Aufwendungen i.S.d. § 255 Abs. 2 Satz 3 HGB für soziale Einrichtungen des Betriebs, für freiwillige soziale Leistungen und für betriebliche Altersversorgung, die auf den Zeitraum der Herstellung entfallen, werden in die Herstellungskosten einbezogen.

Es findet ausschließlich die lineare Abschreibungsmethode Anwendung. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen auf Basis der steuerlichen AfA-Tabellen. Die Nutzungsdauern betragen bei den erworbenen immateriellen Vermögensgegenständen 3 Jahre, bei den selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenständen zwischen 2 und 10 Jahren und bei Sachanlagen zwischen 5 und 50 Jahren.

Die Gesellschaft macht von dem Wahlrecht gemäß § 248 Abs. 2 Satz 1 HGB Gebrauch, selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens zu aktivieren. Aufgrund der Höhe der vorhandenen freien Rücklagen (Kapitalrücklage zzgl. Gewinnrücklage) kommt die Ausschüttungs- bzw. Abführungssperre des § 268 Abs. 8 HGB nicht zur Anwendung.

Die Gesellschaft macht vom Komponentenansatz im Sinne des IDW Rechnungslegungshinweises HFA 1.016 Gebrauch. Bei dieser Methode wird ein abnutzbarer Vermögensgegenstand des Sachanlagevermögens gedanklich in seine wesentlichen Komponenten unterschiedlicher wirtschaftlicher Nutzungsdauer zerlegt, um den Betrag der planmäßigen Periodenabschreibung des Vermögensgegenstands als Summe der auf seine einzelnen Komponenten entfallenden planmäßigen Periodenabschreibungen zu ermitteln. Der Komponentenansatz wird nur in den Fällen angewendet, in denen physisch separierbare Komponenten ausgetauscht werden, die in Relation zum gesamten Sachanlagevermögensgegenstand wesentlich sind. Die Ausgabe für den Ersatz einer Komponente wird nicht erfolgswirksam im Zeitpunkt der Ausgabe als Erhaltungsaufwand erfasst, sondern als nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten aktiviert und anschließend über die Nutzungsdauer der betreffenden Komponente abgeschrieben.

Aufgrund untergeordneter Bedeutung werden geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten, die über € 150 (für ab dem 1. Januar 2018 angeschaffte Wirtschaftsgüter über € 250) liegen und den Betrag von € 1.000 nicht überschreiten, analog zu den steuerlichen Regelungen (§ 6 Abs. 2a EStG) in einen Anlagenpool gebucht und linear über fünf Jahre abgeschrieben.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Die Bewertung erfolgt bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB mit dem niedrigeren beizulegenden Wert.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen sonstigen Ausleihungen betreffen im Wesentlichen an Mitarbeiter gewährte, unverzinsliche Darlehen, die mit dem Barwert zum Bilanzstichtag angesetzt sind. Der Berechnung der Barwerte liegt ein restlaufzeitadäquater Zinssatz zugrunde.

Vorräte

Bei den Vorräten werden die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe grundsätzlich zu durchschnittlichen Anschaffungskosten gemäß § 240 Abs. 4 HGB bzw. niedrigeren Tageswerten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips gemäß § 253 Abs. 4 HGB bewertet. Für Bestandsrisiken infolge Lagerdauer und geminderter Verwendbarkeit werden ausreichende Abwertungen vorgenommen.

Die unfertigen Leistungen werden zu Herstellungskosten angesetzt. Die Herstellungskosten werden mit den handelsrechtlichen Pflichtbestandteilen zuzüglich allgemeiner Verwaltungskosten i.S.d. § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB angesetzt. Angemessene Aufwendungen i.S.d. § 255 Abs. 2 Satz 3 HGB für soziale Einrichtungen des Betriebs, für freiwillige soziale Leistungen und für betriebliche Altersversorgung, die auf den Zeitraum der Herstellung entfallen, werden in die Herstellungskosten einbezogen.

Die unter den Waren ausgewiesenen Gasvorräte im Leitungsnetz werden zu Anschaffungskosten bewertet. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich unter Anwendung der Lifo-Methode bei Beachtung des strengen Niederstwertprinzips.

Die unter den sonstigen Vorräten ausgewiesenen Emissionsrechte werden zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten aktiviert und unter Berücksichtigung aller erkennbaren (Einzel-) Risiken bewertet. Bei der Bewertung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde neben Einzelwertberichtigungen das allgemeine Kreditrisiko durch eine Pauschalwertberichtigung von 1,50 % von dem um die einzelwertberichtigten Forderungen reduzierten Nettoforderungsbestand berücksichtigt.

Soweit in Abschnitt III. nicht anderslautend angegeben, haben die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände der Gesellschaft lediglich eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Der Kassenbestand und das Guthaben bei Kreditinstituten sind zu Nennwerten erfasst.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Dies beinhaltet auch eine Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostensteigerungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 2 Sätze 4 und 5 HGB unter Zugrundelegung eines seitens der Deutschen Bundesbank monatlich veröffentlichten, restlaufzeitspezifischen Durchschnittszinssatzes (Euro-Raum) der letzten sieben - bei Pensionen und Deputaten (Altersversorgungsverpflichtungen) zehn - Geschäftsjahre abgezinst. Die Abzinsung der einzelnen Rückstellungen erfolgt unter Berücksichtigung der Restlaufzeit der jeweiligen Rückstellung zum Bilanzstichtag.

Zusammengefasste sonstige Rückstellungen von nicht unerheblicher Bedeutung sind entsprechend § 285 Nr. 12 HGB erläutert.

Erträge aus der Abzinsung der Rückstellungen sowie Aufwendungen aus der späteren Aufzinsung werden in der GuV nach § 277 Abs. 5 HGB unter den "Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen" respektive den "Zinsen und ähnlichen Aufwendungen" erfasst und als „Davon-Vermerk“ ausgewiesen.

Der Bewertung der Pensionsrückstellungen liegen die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck als biometrische Rechnungsgrundlagen zugrunde.

Abweichend von der grundsätzlich fristadäquaten Abzinsung der Rückstellungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB macht die Gesellschaft von dem Wahlrecht gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB Gebrauch. Hiernach werden die Pensions- und Deputatsrückstellungen bei einer angenommenen pauschalen Laufzeit von fünfzehn Jahren mit einem von der Bundesbank ermittelten Durchschnittszinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre abgezinst.

Der Unterschiedsbetrag aus dem Wertansatz bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre und der vergangenen sieben Geschäftsjahre ist gemäß § 253 Abs. 6 HGB zu ermitteln und unterliegt grundsätzlich der Ausschüttungssperre.

Aufgrund der Höhe der vorhandenen freien Rücklagen kommt die Ausschüttungssperre des § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB nicht zur Anwendung.

Die Pensions- und Deputatsrückstellungen werden unter Berücksichtigung des für Dezember 2020 veröffentlichten Durchschnittszinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre in Höhe von 2,30 % p.a. nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Basis des Anwartschaftsbarwertverfahrens ("Projected Unit Credit Method") ermittelt, wobei neben der geschätzten Duration der begünstigten Mitarbeiter auch folgende dynamische Komponenten berücksichtigt wurden:

- Lohn- und Gehaltstrend: 2,50 % p.a.
- Rententrend: 2,00 % p.a.

Effekte, die sich aus der Änderung des Rechnungszinssatzes ergeben, werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Zur Insolvenzsicherung und Finanzierung der Ansprüche der Mitarbeiter aus Pensionen und Zeitwertkonten besteht zwischen OGE als Treugeberin und dem Helaba Pension Trust e. V. (Helaba), Frankfurt am Main, als Treuhänder ein doppelseitiges CTA Treuhandverhältnis.

Der Treuhänder hält und verwaltet das Treuhandvermögen für den Treugeber treuhänderisch und in vom Treuhandvermögen anderer Treugeber und dem Eigenvermögen des Treuhänders selbst getrennten Abrechnungsverbänden.

Das Treuhandvermögen erfüllt die Voraussetzungen, die § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB an Planvermögen stellt, da es dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen ist und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dient. Das Planvermögen ist gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert, der dem Marktwert entspricht, bilanziert und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Rückstellungen für Pensionen und den Rückstellungen für Zeitwertkonten saldiert. Zugehörige Aufwendungen und Erträge aus der Abzinsung und aus dem zu verrechnenden Vermögen werden ebenfalls saldiert. Sollte sich bei der Saldierung der Rückstellungen mit dem jeweils zugehörigen Planvermögen ein Aktivüberhang ergeben, so wird dieser auf der Aktivseite unter dem Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Rückstellungen für Verpflichtungen zur zukünftigen Entgeltabsenkung werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Hierfür werden die Verpflichtungen zunächst mit dem gemäß § 5 Abs. 2 ARegV anzuwendenden Zinssatz aufgezinst und anschließend unter Zugrundelegung eines seitens der Deutschen Bundesbank monatlich veröffentlichten, restlaufzeitspezifischen Durchschnittszinssatzes der letzten sieben Geschäftsjahre abgezinst. Bei der Bewertung der Rückstellungen werden Vorteile aus noch nicht realisierten künftigen Ansprüchen berücksichtigt, sofern diese zwingend bei Erfüllung der Verpflichtung realisiert werden.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Latente Steuern

Mit VGT als Organträgerin besteht seit dem 1. Januar 2013 eine steuerliche Organschaft. Somit fällt OGE als Organgesellschaft nicht in den Anwendungsbereich des § 285 Nr. 29 HGB, hat daher keine latenten Steuern gebildet und auch keine Angaben nach § 285 Nr. 30 HGB gemacht.

III. Erläuterungen zur Bilanz

(1) Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Zugänge bei den immateriellen Vermögensgegenständen enthalten im Wesentlichen Software in Höhe von € 14,3 Mio.

Im Geschäftsjahr ergaben sich Zugänge bei den selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von € 0,5 Mio. Der Gesamtbetrag der Forschungs- und Entwicklungskosten i.S.d. § 285 Nr. 22 HGB beläuft sich im Geschäftsjahr ebenfalls auf € 0,5 Mio, da keine Forschungsaufwendungen angefallen sind. Hiervon betreffen lediglich 5 TEUR noch in Entwicklung befindliche Vermögensgegenstände.

(2) Sachanlagevermögen

Zum Stichtag beträgt der Buchwert der Sachanlagen € 1.629,4 Mio (Vorjahr: € 1.569,3 Mio). Die Zugänge zu den Sachanlagen verteilen sich wie folgt:

• Grundstücke	4,93 %
• Technische Anlagen und Maschinen	33,28 %
• Übrige Sachanlagen und Anlagen im Bau	61,79 %
	100,00 %

Die Zugänge bei den technischen Anlagen und Maschinen resultieren im Wesentlichen aus dem Neubau einer Maschineneinheit in Krummhörn (€ 11,9 Mio), der Anpasung des Entspannungskonzeptes auf der Verdichterstation in Waidhaus (€ 8,4 Mio), der Umlegung der Leitung „Werne - Schlüchtern“ (€ 8,2 Mio) sowie dem Neubau der Anschlussleitung „Stockum - Bockum - Hövel“ (€ 8,0 Mio).

(3) Finanzanlagen

Die Aufstellung des Anteilsbesitzes (§ 285 Nr. 11 HGB) ist beigefügt.

Die Zugänge bei den Finanzanlagen (€ 165,0 Mio) betreffen im Wesentlichen mit € 150,8 Mio Einlagen in die Zeelink GmbH & Co. KG (Zeelink), Essen, mit € 13,2 Mio die Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund, und mit € 0,8 Mio die evety GmbH, Essen.

Die sonstigen Ausleihungen beinhalten im Wesentlichen zinslose Darlehen an Belegschaftsmitglieder.

(4) Vorräte

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Posten betreffen unfertige Leistungen (€ 111,0 Mio), Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (€ 13,5 Mio), Waren (Gasvorräte im Leitungsnetz (€ 12,1 Mio)) sowie Emissionsrechte (€ 7,7 Mio).

Der Ansatz der Gasvorräte erfolgte unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips zum beizulegenden Zeitwert.

(5) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ergeben sich aus dem Dienstleistungs- und dem Transportgeschäft.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren im Wesentlichen in Höhe von € 9,1 Mio aus dem Gewinnabführungsvertrag sowie mit € 8,0 Mio aus dem Verrechnungsverkehr mit der Line WORX GmbH (Line WORX), Essen, und aus anrechenbaren Steuern gegenüber Vier Gas Services GmbH & Co. KG (VGS), Essen, in Höhe von € 1,6 Mio.

Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von € 4,5 Mio gegen die GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen, sowie Gewinnansprüche in Höhe von € 1,3 Mio gegenüber der NETG und € 0,4 Mio gegenüber der DEUDAN-Deutsch/Dänische Erdgastransportgesellschaft mbH & Co. Kommanditgesellschaft, Handewitt.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten im Wesentlichen mit € 14,2 Mio Abgrenzungen der Marktraumumstellungs- und Biogasumlage sowie mit € 1,1 Mio Umsatzsteuer-Erstattungsansprüche. Am Bilanzstichtag sind wie im Vorjahr keine sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr vorhanden.

(6) Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Die **flüssigen Mittel** entfallen auf Kassenbestände auf den Betriebsstellen und Guthaben bei Kreditinstituten.

(7) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Dieser Posten enthält zum einen den Aktivüberhang aus der Saldierung des Planvermögens bei der Helaba (€ 506,2 Mio) mit den korrespondierenden Pensionsrückstellungen (€ 500,5 Mio). Die Anschaffungskosten des Planvermögens für Pensionsrückstellungen belaufen sich auf € 402,6 Mio. Im Geschäftsjahr sind Einzahlungen in dieses Planvermögen in Höhe von € 48,8 Mio vorgenommen worden.

Zum anderen enthält dieser Posten den Aktivüberhang aus der Saldierung des Planvermögens bei der Helaba (€ 44,6 Mio) mit den korrespondierenden Rückstellungen für Langzeitkonten (€ 43,8 Mio). Die Anschaffungskosten des Planvermögens für Langzeitkonten belaufen sich auf € 35,8 Mio. Im Geschäftsjahr sind Einzahlungen in dieses Planvermögen in Höhe von € 6,2 Mio vorgenommen worden.

(8) Eigenkapital

Das **gezeichnete Kapital** (Stammkapital) beträgt wie im Vorjahr € 110,3 Mio. Alleinige Gesellschafterin der OGE ist VGT.

In die **Kapitalrücklage** wurden im Geschäftsjahr € 60,0 Mio eingestellt.

Die **Gewinnrücklagen** ergeben sich in Höhe von € 75,4 Mio aus der unmittelbaren Einstellung von Auflösungsbeträgen aus der erstmaligen Bewertung von Rückstellungen nach den Vorschriften des BilMoG und resultieren aus den Geschäftsjahren 2009 und 2010. Zudem wurden in den Geschäftsjahren 2014 bis 2019 in Übereinstimmung mit dem bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit VGT bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich sinnvolle Einstellungen in die Gewinnrücklagen in Höhe von insgesamt € 746,1 Mio aufgrund zukünftiger Investitionsvorhaben im Zusammenhang mit dem Netzentwicklungsplan vorgenommen.

Im Geschäftsjahr 2020 wurden die Gewinnrücklagen in Höhe von € 30,0 Mio wegen geringerer zu erwartenden Investitionen aufgelöst und an VGT ausgezahlt.

Die Gewinnrücklagen stellen in voller Höhe „andere Gewinnrücklagen“ nach § 266 Abs. 3 A. III Nr. 4 HGB dar.

(9) Rückstellungen

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** enthalten ausschließlich Rückstellungen für Gasdeputate.

Der Unterschiedsbetrag aus dem zugrunde gelegten Ansatz der Deputatsrückstellungen und den unter Ziffer 7 genannten Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt € 1,1 Mio bzw. € 72,6 Mio.

Die **Steuerrückstellungen** enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für Gewerbesteuer und Zinsen auf Steuerzahlungen.

Die **Sonstigen Rückstellungen** (€ 489,3 Mio) beinhalten im Wesentlichen mit € 141,2 Mio Rückstellungen für den Ausgleich des Regulierungskontos, mit € 139,7 Mio Rückstellungen für die Demontage oberirdischer Anlagen, mit € 121,3 Mio Rückstellungen für die Entfernung stillgelegter Leitungen sowie mit € 44,3 Mio personalbezogene Rückstellungen. Darüber hinaus bestehen Herausgabeverpflichtungen in Höhe von € 11,2 Mio für in den Leitungen befindliches Erdgas.

(10) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten zum 31.12.2020:

	Gesamt	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit über 1 Jahr
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	€ 30.774.798	€ 30.774.798	€ 0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	€ 15.934.297	€ 14.367.322	€ 1.566.975
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	€ 93.471.719	€ 93.471.719	€ 0
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	€ 27.446.032	€ 27.446.032	€ 0
Sonstige Verbindlichkeiten	€ 16.212.856	€ 16.212.856	€ 0
<i>(davon aus Steuern)</i>	<i>(€ 5.517.489)</i>	<i>(€ 5.517.489)</i>	<i>(€ 0)</i>
<i>(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)</i>	<i>(€ 0)</i>	<i>(€ 0)</i>	<i>(€ 0)</i>
	<u>€ 183.839.702</u>	<u>€ 182.272.727</u>	<u>€ 1.566.975</u>

Verbindlichkeiten zum 31.12.2019:

	Gesamt	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit über 1 Jahr
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	€ 16.487.274	€ 16.487.274	€ 0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	€ 27.613.348	€ 27.393.041	€ 220.307
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	€ 4.900.589	€ 4.900.589	€ 0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	€ 78.965.937	€ 78.965.937	€ 0
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	€ 15.299.908	€ 15.299.908	€ 0
Sonstige Verbindlichkeiten	€ 13.130.762	€ 13.077.490	€ 53.272
<i>(davon aus Steuern)</i>	<i>(€ 2.211.641)</i>	<i>(€ 2.211.641)</i>	<i>(€ 0)</i>
<i>(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)</i>	<i>(€ 50.294)</i>	<i>(€ 50.294)</i>	<i>(€ 0)</i>
	<u>€ 156.397.818</u>	<u>€ 156.124.239</u>	<u>€ 273.579</u>

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von über fünf Jahren sowie durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesicherte Verbindlichkeiten liegen nicht vor.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten im Wesentlichen erhaltene Anzahlungen und Verbindlichkeiten aus dem Verrechnungsverkehr, saldiert mit Forderungen aus Ergebnisabführungen. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind in diesem Posten nur in unwesentlicher Höhe enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber der NETRA GmbH Norddeutsche Erdgas Transversale & Co. KG (NETRA), Schneiderkrug, aus dem Cashmanagement in Höhe von € 17,7 Mio, aus erhaltenen Anzahlungen in Höhe von € 8,2 Mio, saldiert mit Gewinnansprüchen in Höhe von € 0,3 Mio, sowie gegenüber der TENP aus erhaltenen Anzahlungen in Höhe von € 4,0 Mio, die mit Gewinnansprüchen in Höhe von € 1,9 Mio verrechnet sind. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind darüber hinaus nur in unwesentlicher Höhe in diesem Posten enthalten.

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** resultieren im Wesentlichen mit € 9,4 Mio aus erhaltenen Baukostenzuschüssen sowie mit € 5,5 Mio aus Steuern.

Haftungsverhältnisse, außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es besteht weiterhin die per 04.08.2017 durch VGT abgeschlossene und per 15.07.2019 bis zum Jahr 2024 verlängerte Konsortialkreditlinie in Höhe von € 600,0 Mio. OGE ist ebenfalls Kreditnehmerin unter dem entsprechenden Kreditvertrag und somit berechtigt, die Kreditlinie in Anspruch zu nehmen. Zum Stichtag war die Kreditlinie nicht gezogen. Es existieren von dieser Kreditlinie eine Nebenkreditlinie auf der Ebene der VGT in Höhe von € 10,0 Mio (Kontokorrentlinie) sowie zwei Nebenkreditlinien auf der Ebene der OGE in Höhe von € 20,0 Mio (Kontokorrentlinie für den Cashpool) und € 1,5 Mio (reserviert für Avale bzw. Bürgschaften). Zum Stichtag 31.12.2020 wurde ausschließlich die Avallinie durch die Herausgabe von Bankbürgschaften in Höhe von € 1,1 Mio in Anspruch genommen. Im August 2020 hat OGE eine weitere Avallinie in Höhe von € 10,0 Mio abgeschlossen. Diese Linie war zum Stichtag 31.12.2020 durch Bürgschaften in Höhe von insgesamt € 1,6 Mio in Anspruch genommen. OGE rechnet nicht mit einer Inanspruchnahme der Bürgschaften, da diese Art von Bürgschaften lediglich der Absicherung von Lieferanten oder Kommunen dienen, falls OGE seinen zukünftigen Zahlungs- bzw. Rückbauverpflichtungen nicht nachkommen wird.

Die finanziellen Auswirkungen von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften i.S.d. § 285 Nr. 3a HGB belaufen sich zum Bilanzstichtag auf € 187,3 Mio p.a. aus langfristigen Verträgen für die Gebrauchs- und Nutzungsüberlassung des Leitungsnetzes. Hiervon entfallen € 132,4 Mio p.a. auf verbundene Unternehmen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen für noch nicht eingeforderte Einlagen in die Kapitalrücklage gegenüber Zeelink in Höhe von € 63,0 Mio und gegenüber NETG in Höhe von € 19,9 Mio.

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von € 383,0 Mio und betreffen Bestellobligos. Davon entfallen € 10,6 Mio auf verbundene Unternehmen.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(11) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2020 wurden entsprechend § 277 Abs. 1 HGB erfasst.

Die Umsatzerlöse resultieren mit € 905,8 Mio aus dem Gastransportgeschäft sowie transportnahen Dienstleistungen und mit € 170,5 Mio aus technischen und kaufmännischen Dienstleistungen und werden überwiegend im Inland erzielt. € 113,3 Mio der Umsatzerlöse wurden mit verbundenen bzw. assoziierten Unternehmen erzielt.

(12) Andere aktivierte Eigenleistungen

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr Eigenleistungen für immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von € 4,4 Mio aktiviert.

(13) Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind im Wesentlichen in Höhe von € 14,2 Mio Erträge aus der Marktraumumstellungs- und Biogasumlage, in Höhe von € 3,3 Mio Erträge aus dem Anlageabgängen, in Höhe von € 2,2 Mio Kostenerstattungen von Dritten für Leitungsumlegungen sowie periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von € 1,2 Mio enthalten. Darüber hinaus sind in diesem Posten periodenfremde Erträge in Höhe von € 0,3 Mio enthalten.

(14) Materialaufwand

Im Materialaufwand werden die Aufwendungen für Gebrauchs- und Nutzungsüberlassungsentgelte, auch an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Antriebsenergie, Erdgassteuer sowie Aufwendungen aus der Marktraumumstellungs- und Biogasumlage zusammengefasst. Darüber hinaus sind Wartungs- und Instandhaltungsaufwendungen sowie sonstige bezogene Leistungen enthalten.

(15) Abschreibungen

Die planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betragen im Berichtsjahr € 132,2 Mio (Vorjahr: €115,6 Mio). Die Abschreibungen entfallen mit € 16,5 Mio auf immaterielle Vermögensgegenstände und mit € 115,7 Mio auf Sachanlagen.

(16) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen IT-Kosten, sonstige Verwaltungskosten und Aufwendungen aus der Marktraumumstellungs- und Biogasumlage. Periodenfremde Aufwendungen sind in diesem Posten nur in unwesentlicher Höhe enthalten.

(17) Beteiligungsergebnis

	2020	2019
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	€ 64,9 Mio	€ 66,8 Mio
Erträge aus Beteiligungen	€ 24,0 Mio	€ 24,5 Mio
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	€ 0,0 Mio	€ -0,1 Mio
	€ 88,9 Mio	€ 91,2 Mio

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen beinhalten im Wesentlichen Ergebnisabführungen der Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH, Essen, (€ 54,8 Mio) und Line WORX (€ 9,1 Mio). Die Erträge aus Beteiligungen resultieren überwiegend aus Beteiligungserträgen der NETRA (€ 10,1 Mio) und MEGAL (€ 9,1 Mio).

(18) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge enthalten im Wesentlichen Zinserträge aus der Aufzinsung von Ausleihungen, Zinserträge aus Bankguthaben und erhaltene Verzugszinsen.

(19) Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die nach § 277 Abs. 5 Satz 1 HGB gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisenden Aufzinsungen von Rückstellungen belaufen sich auf € 71,6 Mio. Davon entfallen € 53,0 Mio auf die Aufzinsung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen und Zeitwertkonten. Damit saldiert sind in diesem Posten Erträge aus der Bewertung des entsprechenden Planvermögens zum beizulegenden Zeitwert i.S.d. § 285 Nr. 25 HGB in Verbindung mit § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in Höhe von € 14,0 Mio enthalten. Aufgrund der Höhe der vorhandenen freien Rücklagen greift die Ausschüttungs- bzw. Abführungssperre des § 268 Abs. 8 HGB nicht.

(20) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen im Wesentlichen mit € 79,9 Mio auf Konzernsteuerumlagen des Geschäftsjahres seitens VGT.

(21) Sonstige Steuern

In diesem Posten sind Grundsteuer, nicht abzugsfähige Umsatzsteuer und Kraftfahrzeugsteuer ausgewiesen.

(22) Aufwendungen aus der Ergebnisabführung

Die Aufwendungen aus der Ergebnisabführung resultieren aus dem mit der VGT geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag.

V. Sonstige Angaben

Abführungssperre

Aus der Aktivierung von selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenständen (€ 7,1 Mio) und der Bilanzierung des Planvermögens zum beizulegenden Zeitwert (+ € 112,3 Mio im Vergleich zu den Anschaffungskosten) nach § 268 Abs. 8 HGB ergibt sich ein Gesamtbetrag von € 119,4 Mio, der der Abführungssperre unterliegt. Aufgrund der Höhe der vorhandenen freien Rücklagen (Kapitalrücklage und Gewinnrücklagen) findet die Abführungssperre keine Anwendung.

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Der Personalbestand i.S.d. § 285 Nr. 7 i.V.m. § 267 Abs. 5 HGB, d.h. ohne Geschäftsführung und Auszubildende betrug im Durchschnitt des Geschäftsjahres 340 gewerbliche Mitarbeiter und 1.138 Angestellte (Vorjahr: 342 gewerbliche Mitarbeiter und 1.087 Angestellte).

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Nahestehende natürliche Personen im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB sind die Geschäftsführung und die Mitglieder des Aufsichtsrats. Nahestehende juristische Personen sind insbesondere VGT, VGS sowie die Beteiligungsgesellschaften.

Weder mit natürlichen noch mit juristischen nahestehenden Personen haben im Berichtsjahr zu marktüblichen Bedingungen vereinbarte wesentliche Geschäfte stattgefunden.

Honorar des Abschlussprüfers

Die Gesellschaft verzichtet auf die Angabe zum Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 285 Nr. 17 HGB aufgrund der Aufnahme dieser Angabe in den Konzernabschluss der VGT.

Geschäfte größeren Umfangs gemäß § 6b Abs. 2 EnWG

Geschäfte größeren Umfangs bestanden insbesondere mit den Beteiligungen der OGE und betreffen im Wesentlichen Dienstleistungserlöse (€ 112,9 Mio) sowie Aufwendungen für die Gebrauchs- und Nutzungsüberlassung des Leitungsnetzes (€ 187,3 Mio).

Aufsichtsrat der Open Grid Europe GmbH, Essen

Mitglieder des **Aufsichtsrats** waren im Geschäftsjahr 2020:

Hilko Schomerus

Vorsitzender

Darmstadt

Managing Director, Macquarie Capital (Europe) Limited

Frank Lehmann

Stellvertretender Vorsitzender

Moers

Vorsitzender des Betriebsrates der Open Grid Europe GmbH

Önder Ata

Mülheim an der Ruhr

Stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrates der Open Grid Europe GmbH

Alexander Bögle

München

Senior Investment Manager, Private Equity & Infrastructure, MEAG MUNICH ERGO Asset Management GmbH

Guy Lambert

Abu Dhabi/Vereinigte Arabische Emirate

Head of Utilities, Abu Dhabi Investment Authority (ADIA)

Lincoln Hillier Webb

Victoria/Kanada

Vice President, British Columbia Investment Management Corporation

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Geschäftsjahr 2020 für ihre Tätigkeit Bezüge in Höhe von € 0,1 Mio erhalten.

Geschäftsführung der Open Grid Europe GmbH

Mitglieder der **Geschäftsführung** waren im Berichtsjahr:

Dr. Jörg Bergmann

Bochum

Geschäftsführer Operations und Sprecher der Geschäftsführung

Wolfgang Anthes

bis 31.03.2020

Moers

Geschäftsführer Business Services und Personal

Dr. Thomas Hübener

Haltern

Geschäftsführer Technik

Dr. Frank Reiners

Düsseldorf

Geschäftsführer Finanzen und Regulierung

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nr. 9a HGB in Höhe von € 2,7 Mio (Vorjahr: € 3,1 Mio). Die Gesamtbezüge ehemaliger Geschäfts-

führer im Sinne des § 285 Nr. 9b HGB beliefen sich im Geschäftsjahr auf € 0,2 Mio (Vorjahr: € 0,1 Mio). Die für die ehemaligen Geschäftsführer gebildeten Rückstellungen für Pensionen belaufen sich zum Bilanzstichtag auf € 6,8 Mio.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung i.S.d. § 285 Nr. 33 HGB, die nach Abschluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, sind nicht eingetreten.

Konzern

OGE selbst stellt mit Verweis auf § 291 HGB keinen eigenen Konzernabschluss und Konzernlagebericht auf, sondern wird mit befreiender Wirkung in den von VGT aufgestellten Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, einbezogen. VGT stellt für den kleinsten Kreis als Mutterunternehmen einen Konzernabschluss auf. Vier Gas Holdings S.à r.l., Luxemburg, stellt als Mutterunternehmen für den größten Kreis einen Konzernabschluss auf. Beide Abschlüsse werden gemäß § 325 HGB im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Essen, 15. März 2021

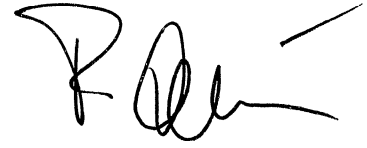
Open Grid Europe GmbH
Die Geschäftsführung



Dr. Bergmann



Dr. Hübener



Dr. Reiners

Entwicklung des Anlagevermögens der Open Grid Europe GmbH für das Geschäftsjahr 2020

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2020 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	31.12.2020 €	01.01.2020 €	Zugänge €	Abgänge €	31.12.2020 €	31.12.2019 €
Immaterielle Vermögensgegenstände										
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	11.366.134,23	538.231,15	0,00	0,00	11.904.365,38	3.576.606,83	1.195.854,31	0,00	7.131.904,24	7.789.527,40
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	138.519.119,27	11.814.160,87	-1.756.867,41	7.495.737,60	156.072.150,33	86.214.562,77	15.349.532,91	-1.755.906,47	56.263.961,12	52.304.556,50
Geleistete Anzahlungen	8.328.845,06	2.563.363,20	0,00	-7.495.737,60	3.396.470,66	0,00	0,00	0,00	3.396.470,66	8.328.845,06
	156.214.098,56	14.915.755,22	-1.756.867,41	0,00	171.372.986,37	89.791.169,60	16.545.387,22	-1.755.906,47	66.792.336,02	68.422.928,96
Sachanlagen										
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	288.845.336,29	8.667.715,30	-897.439,55	10.496.642,80	307.112.254,84	141.915.159,00	7.560.442,23	-897.439,55	158.534.093,16	146.930.177,29
Technische Anlagen und Maschinen	4.806.041.307,10	58.504.607,76	-11.312.877,34	52.194.772,66	4.905.427.810,18	3.552.622.505,81	100.385.945,39	-11.312.877,34	1.263.732.236,32	1.253.418.801,29
Betriebs- und Geschäftsausstattung	99.944.957,32	11.490.685,69	-1.902.637,04	5.688.928,88	115.221.934,85	64.923.427,61	7.713.514,71	-1.881.975,21	44.466.967,74	35.021.529,71
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	133.883.681,97	97.119.035,26	0,00	-68.380.344,34	162.622.372,89	0,00	0,00	0,00	162.622.372,89	133.883.681,97
	5.328.715.282,68	175.782.044,01	-14.112.953,93	0,00	5.490.384.372,76	3.759.461.092,42	115.659.902,33	-14.092.292,10	1.629.355.670,11	1.569.254.190,26
Finanzanlagen										
Anteile an verbundenen Unternehmen	663.603.272,39	150.750.000,00	0,00	0,00	814.353.272,39	499.999,00	0,00	0,00	813.853.273,39	663.103.273,39
Beteiligungen	168.459.097,84	14.032.641,26	-1.754.552,90	0,00	180.737.186,20	0,00	0,00	0,00	180.737.186,20	168.459.097,84
Sonstige Ausleihungen	2.765.672,77	175.303,10	-514.208,88	0,00	2.426.766,99	183.902,06	0,00	-61.364,17	2.304.229,10	2.581.770,71
	834.828.043,00	164.957.944,36	-2.268.761,78	0,00	997.517.225,58	683.901,06	0,00	-61.364,17	996.894.688,69	834.144.141,94
	6.321.757.424,24	355.655.743,59	-18.138.583,12	0,00	6.659.274.584,71	3.849.936.163,08	132.205.289,55	-15.909.562,74	2.693.042.694,82	2.471.821.261,16

Beteiligungsliste gemäß § 285 Nr. 11 HGB

Stand 31.12.2020

Ifd. Nr.	Gesellschaft	Anteil der Open Grid Europe GmbH oder Tochter am Gesell- schaftskapital in %	Kapital- haltende Gesell- schaften (Ifd. Nr.)	Eigen- kapital (in T€) ¹⁾	Jahres- ergebnis (in T€) ¹⁾
				31.12.2020	2020
Wesentliche verbundene Unternehmen					
1	Open Grid Europe GmbH, Essen ²⁾			2.285.548	126.725
2	Line Worx GmbH, Essen ²⁾	100,00	1	84.725	9.054
3	MEGAL Mittel-Europäische-Gasleitungsgesellschaft mbH & Co. KG, Essen	51,00	1	160.116	17.564
4	Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH, Essen ²⁾	100,00	1	64.150	54.805
5	Zeelink GmbH & Co. KG, Essen	75,00	1	630.503	-506
Sonstige wesentliche Beteiligungen					
6	GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen	29,24	2	92.853	24.455
7	NETRA GmbH Norddeutsche Erdgas Transversale & Co. KG, Schneiderkrug	55,94	1	65.258	17.557
8	Trans Europa Naturgas Pipeline Gesellschaft mbH & Co. KG, Essen	51,00	1	223.512	8.763
Verbundene Unternehmen von untergeordneter Bedeutung					
9	MEGAL Verwaltungs-GmbH, Essen	51,00	1	53	2
10	NEL Beteiligungs GmbH, Essen ²⁾	100,00	1	25	-1
11	Open Grid Regional GmbH, Essen ²⁾	100,00	1	500	81
12	Open Grid Service GmbH, Essen ²⁾	100,00	1	297	125
13	PLEdoc GmbH, Essen ²⁾	100,00	1	589	869
14	Zeelink-Verwaltungs-GmbH, Essen	75,00	1	33	2
Sonstige Beteiligungen von untergeordneter Bedeutung					
15	DEUDAN-Deutsch/Dänische Erdgastransport- Gesellschaft mbH & Co. Kommanditgesellschaft, Handewitt	24,99	1	5.107	592
16	DEUDAN-Deutsch/Dänische Erdgastransport-Gesellschaft mbH, Handewitt ³⁾	24,99	1	83	2
17	evety GmbH, Essen ⁴⁾	40,00	1		
18	GasLINE Telekommunikationsnetz-Geschäftsführungsgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH, Straelen	29,24	2	72	2
19	Liwacom Informationstechnik GmbH, Essen ³⁾	33,33	1	525	104
20	NetConnect Germany GmbH & Co. KG, Ratingen ³⁾	16,67	1	5.000	0
21	NetConnect Germany Management GmbH, Ratingen ³⁾	16,67	1	84	3
22	NETRA GmbH-Norddeutsche Erdgas Transversale, Schneiderkrug ³⁾	50,00	1	116	2
23	Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG, Dortmund ³⁾	50,00	1	29.484	1.224
24	Nordrheinische Erdgastransportleitungs-Verwaltungs-GmbH, Dortmund ³⁾	50,00	1	41	1
25	PRISMA European Capacity Platform GmbH, Leipzig ³⁾	1,33	1	1.321	396
26	Trans Europa Naturgas Pipeline Verwaltungs-GmbH, Essen	50,00	1	51	2

1) Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den Bilanzierungsgrundsätzen nach HGB

2) Ergebnisabführungsvertrag (Ergebnis vor Gewinnabführung bzw. Verlustausgleich)

3) Eigenkapital und Jahresergebnis beziehen sich auf das Vorjahr

4) Gesellschaft im Geschäftsjahr gegründet. Es liegen noch keine veröffentlichten Werte vor.

**Tätigkeitsabschlüsse für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020**

Open Grid Europe GmbH, Essen

Bilanzen nach Tätigkeiten zum 31. Dezember 2020

Aktiva		Gasfernleitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Konsolidierungs- spalte	Gesamt
in €						
A.	Anlagevermögen					
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
	1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	6.604.726	8.225	518.953	0	7.131.904
	2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u. ähnliche Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	49.429.353	2.204.020	4.630.588	0	56.263.961
	3. Geleistete Anzahlungen	2.546.907	132.578	716.986	0	3.396.471
		58.580.986	2.344.823	5.866.527	0	66.792.336
	II. Sachanlagen					
	1. Grundstücke, grundstückgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	146.944.804	220.807	11.368.482	0	158.534.093
	2. Technische Anlagen und Maschinen	1.262.158.997	-257.911	1.831.150	0	1.263.732.236
	3. Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	30.998.470	114.871	13.353.627	0	44.466.968
	4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	162.072.644	46.919	502.810	0	162.622.373
		1.602.174.915	124.686	27.056.069	0	1.629.355.670
	III. Finanzanlagen					
	1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	813.853.274	0	813.853.274
	2. Beteiligungen	0	0	180.737.186	0	180.737.186
	3. Sonstige Ausleihungen	1.452.313	27.639	824.277	0	2.304.229
		1.452.313	27.639	995.414.737	0	996.894.689
		1.662.208.214	2.497.148	1.028.337.333	0	2.693.042.695
B.	Umlaufvermögen					
	I. Vorräte					
	1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	11.859.541	4.035	1.587.190	0	13.450.766
	2. Unfertige Leistungen	6.350.298	0	104.664.173	0	111.014.471
	3. Waren	12.069.650	0	0	0	12.069.650
	4. Sonstige Vorräte	7.658.936	0	0	0	7.658.936
		37.938.425	4.035	106.251.363	0	144.193.823
	II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
	1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	13.412.915	0	4.086.257	-30.381	17.468.791
	2. Forderungen gegen Gesellschafter	529.326	11.104	5.644.363	0	6.184.793
	3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.019.885	21.473	26.418.299	0	27.459.657
	4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-181.830	0	6.435.436	-2	6.253.604
	5. Sonstige Vermögensgegenstände <i>davon Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>	17.408.595	14.328	492.556	0	17.915.479
		0	0	0	0	0
		32.188.891	46.905	43.076.911	-30.383	75.282.324
	III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	22.047.336	461.863	30.578.535	0	53.087.734
		92.174.652	512.803	179.906.809	-30.383	272.563.881
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	1.967.248	21.524	695.885	0	2.684.657
D.	Aktiver Unterschiedbetrag aus der Vermögensverrechnung	4.137.384	78.739	2.291.244	0	6.507.367
E.	Kapitalverrechnungsposten	451.295.090	0	0	-451.295.090	0
		2.211.782.588	3.110.214	1.211.231.271	-451.325.473	2.974.798.600

Open Grid Europe GmbH, Essen

Bilanzen nach Tätigkeiten zum 31. Dezember 2020

Passiva		Gasfernleitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Konsolidierungs- spalte	Gesamt
in €						
A.	<u>Eigenkapital</u>					
I.	Gezeichnetes Kapital	68.094.728	102.299	42.127.305	0	110.324.332
II.	Kapitalrücklage	854.053.524	1.283.052	528.366.492	0	1.383.703.068
III.	Gewinnrücklagen	762.643.328	69.954	28.807.297	0	791.520.579
		1.684.791.580	1.455.305	599.301.094	0	2.285.547.979
B.	<u>Rückstellungen</u>					
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.602.820	106.628	3.102.788	0	8.812.236
2.	Steuerrückstellungen	1.197.361	25.117	713.512	0	1.935.990
3.	Sonstige Rückstellungen	468.588.551	578.675	20.110.653	0	489.277.879
		475.388.732	710.420	23.926.953	0	500.026.105
C.	<u>Verbindlichkeiten</u>					
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	18.018.126 18.018.126	0 0	12.756.672 12.756.672	0 0	30.774.798 30.774.798
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i> <i>davon mit einer Restlaufzeit über ein Jahr</i> <i>davon mit einer Restlaufzeit über fünf Jahren</i>	14.406.037 12.895.741 1.510.296 0	38.254 38.254 0 0	1.520.387 1.463.709 56.678 0	-30.381 -30.381 0 0	15.934.297 14.367.323 1.566.974 0
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	109.746 109.746	2.117 2.117	93.359.856 93.359.856	0 0	93.471.719 93.471.719
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	140.672 140.672	307 307	27.305.055 27.305.055	-2 -2	27.446.032 27.446.032
6.	Sonstige Verbindlichkeiten <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i> <i>davon aus Steuern</i>	13.840.761 13.840.761 3.677.817	48.214 48.214 47.675	2.323.881 2.323.881 1.791.996	0 0 0	16.212.856 16.212.856 5.517.488
		46.515.342	88.892	137.265.851	-30.383	183.839.702
D.	<u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	5.086.934	0	297.880	0	5.384.814
E.	<u>Kapitalverrechnungsposten</u>	0	855.597	450.439.493	-451.295.090	0
		2.211.782.588	3.110.214	1.211.231.271	-451.325.473	2.974.798.600

Haftungsverhältnisse, außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es besteht weiterhin die per 04.08.2017 durch VGT und per 15.07.2019 bis zum Jahr 2024 verlängerte Konsortialkreditlinie in Höhe von € 600,0 Mio. OGE ist ebenfalls Kreditnehmerin unter dem entsprechenden Kreditvertrag und somit berechtigt, die Kreditlinie in Anspruch zu nehmen. Zum Stichtag war die Kreditlinie nicht gezogen. Es existieren von dieser Kreditlinie eine Nebenkreditlinie auf der Ebene der VGT in Höhe von € 10 Mio (Kontokorrentlinie) sowie zwei Nebenkreditlinien auf der Ebene der OGE in Höhe von € 20 Mio (Kontokorrentlinie für den Cashpool) und € 1,5 Mio (reserviert für Avale bzw. Bürgschaften). Zum Stichtag 31.12.2020 wurde ausschließlich die Avallinie durch die Herausgabe von Bankbürgschaften in Höhe von 1,1 Mio, € in Anspruch genommen. Im August 2020 hat OGE eine weitere Avallinie in Höhe von € 10,0 Mio abgeschlossen. Diese Linie war zum Stichtag 31.12.2020 durch Bürgschaften in Höhe von insgesamt € 1,8 Mio in Anspruch genommen. OGE rechnet nicht mit einer Inanspruchnahme der Bürgschaften. OGE rechnet nicht mit einer Inanspruchnahme der Bürgschaften, da diese Art von Bürgschaften lediglich der Absicherung von Lieferanten oder Kommunen dienen, falls OGE seinen zukünftigen Zahlungs- bzw. Rückbauverpflichtungen nicht nachkommen wird. Die Nebenkreditlinien werden den Tätigkeiten außerhalb des Gassektors zugeordnet.

Die finanziellen Auswirkungen von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften i.S.d. § 285 Nr. 3a HGB belaufen sich zum Bilanzstichtag auf € 187,3 Mio p.a. aus langfristigen Verträgen für die Gebrauchs- und Nutzungsüberlassung des Leitungsnetzes (Sparte Gasfernleitung). Hiervon entfallen € 132,4 Mio p.a. auf verbundene Unternehmen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen für noch nicht eingeforderte Einlagen in die Kapitalrücklage gegenüber Zeelink in Höhe von € 75 Mio und gegenüber NETG in Höhe von € 19,9 Mio (Tätigkeiten außerhalb des Gassektors).

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von € 383,0 Mio und betreffen Bestellobligos. Diese werden gemäß dem Materialschlüssel aufgeteilt und gliedern sich wie folgt: Gasfernleitung € 337,7 Mio, Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors € 0,1 Mio und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors € 45,2 Mio. Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen entfallen 10,6 Mio auf verbundene Unternehmen.

**Gewinn- und Verlustrechnung nach Tätigkeiten
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020**

in €	Gasfern- leitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Gesamt
1. Umsatzerlöse	917.685.184	7.466.112	151.149.476	1.076.300.772
2. Bestandsveränderungen	3.995.561	0	37.540.008	41.535.568
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	22.718.283	0	0	22.718.283
4. Sonstige betriebliche Erträge	19.677.705	8.539	2.448.936	22.135.181
- davon Erträge aus Währungsumrechnung €	3.395	22	746	4.163
5. Materialaufwand	-494.911.708	-176.977	-66.287.168	-561.375.853
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-66.396.873	-17.207	-7.029.855	-73.443.936
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-428.514.835	-159.770	-59.257.312	-487.931.917
6. Personalaufwand	-112.459.560	-2.146.767	-62.286.062	-176.892.389
a) Löhne und Gehälter	-88.315.490	-1.694.340	-48.709.599	-138.719.429
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-24.144.070	-452.427	-13.576.463	-38.172.960
- davon für Altersversorgung €	-10.510.810	-180.727	-5.759.601	-16.451.138
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-126.691.394	-1.046.306	-4.467.589	-132.205.290
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-72.983.214	-1.233.245	-22.594.662	-96.811.121
- davon Aufwendungen aus Währungsumrechnung	-23.784	-252	-8.506	-32.541
9. Beteiligungsergebnis	0	0	88.888.588	88.888.588
a) Erträge aus Beteiligungen	0	0	24.002.040	24.002.040
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	9.077.925	9.077.925
b) Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0	0	64.887.316	64.887.316
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	64.887.316	64.887.316
c) Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	-768	-768
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	-768	-768
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	114.846	2.131	81.668	198.645
- davon von verbundenen Unternehmen	42.884	784	33.970	77.638
- davon Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen	0	0	0	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-46.036.644	-545.820	-16.641.196	-63.223.660
- davon Zinsaufwendungen aus Aufzinsung von Rückstellungen	-51.842.780	-659.128	-19.123.867	-71.625.775
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-58.150.865	-1.218.225	-34.684.696	-94.053.786
13. Ergebnis nach Steuern	52.958.194	1.109.442	73.147.303	127.214.939
14. Sonstige Steuern	-335.178	-3.226	-151.096	-489.500
15. Aufwendungen aus der Ergebnisabführung	-82.623.015	-1.106.216	-72.996.207	-156.725.439
16. Jahresfehlbetrag	-30.000.000	0	0	-30.000.000
17. Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen	30.000.000	0	0	30.000.000
18. Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen	0	0	0	0
19. Bilanzgewinn	0	0	0	0

Erläuterungen zur rechnungsmäßigen Entflechtung (Unbundlingrechnung)

Vorbemerkungen

Bedingt durch das Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) in der Fassung vom 25.02.2021 hat die Open Grid Europe GmbH nach den Vorschriften des § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen für die Tätigkeitsbereiche Gasfernleitung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors aufzustellen.

Im Hinblick auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (inkl. Abschreibungsmethoden), die den drei Tätigkeitsabschlüssen zugrunde liegen, verweisen wir auf die Angaben im Anhang.

Regeln gem. § 6b Abs. 3 EnWG

In der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt im Regelfall eine direkte Zuordnung der Aktiv- und Passivposten sowie der Aufwendungen und Erträge auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche. In den Fällen, in denen nur ein mittelbarer Sachbezug zu den Tätigkeiten gegeben oder die direkte Zuordnung mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen ist, erfolgt die Zuordnung durch Schlüssel auf der Basis sachgerechter Bezugsgrößen. Im Vergleich zum Vorjahr sind bei einzelnen Schlüsselungen geringfügige Fortentwicklungen und Präzisierungen vorgenommen worden, um die tatsächlichen organisatorischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die Verursachungsgerechtigkeit der Kostenallokation abzubilden. Als Folge hieraus ergibt sich eine leicht veränderte Zuordnung zu den Tätigkeitsbereichen Gasfernleitung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors.

Im Einzelnen kommen hauptsächlich nachstehende Bezugsgrößen zur Ermittlung der Schlüssel zur Anwendung:

- Personenmanntage
- Kostenschlüssel (Personal-, Material- und Instandhaltungsaufwand)
- Technische Kenngrößen (z.B. Leitungslänge und Verdichterleistung)
- Gesamtkosten
- Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
- Jahresüberschuss
- Buchwerte Anlagevermögen

Grundlage für die oben genannten Schlüssel sind im Wesentlichen die entsprechenden Erträge und Aufwendungen der GuV der Open Grid Europe GmbH und die Posten der Bilanz.

Die Leistungsbeziehungen zwischen den Tätigkeitsbereichen werden in der Bruttodarstellung abgebildet und auf Grundlage der angefallenen Kosten bewertet. Bei der Bruttodarstellung werden die Gesamterträge und Gesamtaufwendungen aufgrund des sachlichen Bezugs den Tätigkeiten zugeordnet. Der tatsächliche wirtschaftliche Erfolg der jeweiligen Tätigkeit wird im Anschluss durch Anwendung der internen Leistungsverrechnung (für Personal, Geräte etc.) zwischen den Tätigkeiten verursachungsgerecht abgebildet.

**Entwicklung des Anlagevermögens der Open Grid Europe GmbH für das Geschäftsjahr 2020
- Anlagenspiegel nach Tätigkeiten -**

in €	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2020	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2020	01.01.2020	Zugänge	Abgänge	31.12.2020	31.12.2019
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Immaterielle Vermögensgegenstände										
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	11.366.134,23	538.231,15	0,00	0,00	11.904.365,38	3.576.606,83	1.195.864,31	0,00	4.772.461,14	7.131.904,24
davon Gasfernleitung	9.919.292,42	377.239,02	0,00	0,00	10.296.531,44	2.659.272,86	1.032.531,41	0,00	3.691.804,29	6.604.727,15
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	37.080,10	1.236,18	0,00	0,00	38.296,28	27.795,83	2.275,90	0,00	30.071,73	8.224,55
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	1.409.781,71	159.755,96	0,00	0,00	1.569.537,66	889.538,12	161.047,00	0,00	1.050.565,12	518.952,54
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	138.519.119,27	11.814.160,87	-1.756.867,41	7.495.737,60	156.072.150,33	86.214.562,77	15.348.532,91	-1.755.906,47	99.808.189,21	56.263.961,12
davon Gasfernleitung	121.993.450,39	8.997.744,26	-1.301.072,89	6.761.182,96	136.451.304,62	74.948.097,24	12.826.355,86	-1.300.710,14	86.473.742,96	49.977.561,66
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	3.888.817,27	572.893,95	-41.133,15	195.533,22	4.616.111,29	1.715.938,48	1.280.071,89	-41.133,15	2.964.877,22	1.661.234,07
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	12.636.851,61	2.243.522,66	-414.661,27	539.021,42	15.004.734,42	9.550.527,05	1.243.105,16	-414.093,18	10.379.569,03	4.625.165,99
Geleistete Anzahlungen	8.328.845,06	2.563.363,20	0,00	-7.495.737,60	3.396.470,66	0,00	0,00	0,00	0,00	3.396.470,66
davon Gasfernleitung	7.403.663,68	1.964.571,72	0,00	-6.921.328,94	2.546.906,46	0,00	0,00	0,00	0,00	2.546.906,46
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	144.536,35	119.697,46	0,00	-131.655,34	132.578,47	0,00	0,00	0,00	0,00	132.578,47
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	780.645,03	479.094,02	0,00	-542.763,32	716.985,73	0,00	0,00	0,00	0,00	716.985,73
	158.214.098,56	14.915.755,22	-1.756.867,41	0,00	171.372.986,37	89.791.169,60	16.545.397,22	-1.755.906,47	104.580.650,35	66.792.336,02
Sachanlagen										
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	288.845.336,29	8.667.715,30	-897.439,55	10.496.642,80	307.112.254,84	141.915.159,00	7.560.442,23	-897.439,55	148.578.161,68	158.534.093,16
davon Gasfernleitung	258.745.913,74	8.559.470,50	-371.927,76	10.493.633,81	277.427.110,29	123.924.676,36	6.929.557,87	-371.927,76	130.482.306,47	146.944.803,82
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	456.505,26	2.985,97	0,00	0,00	459.491,23	226.048,45	12.335,53	0,00	238.383,98	220.807,25
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	29.642.917,29	105.568,83	-625.511,79	2.988,99	29.225.953,32	17.764.434,19	618.548,83	-525.511,79	17.857.471,23	11.368.482,09
Technische Anlagen und Maschinen	4.806.041.307,10	58.504.607,76	-11.312.877,34	52.194.772,66	4.905.427,810,18	3.552.622.505,81	100.385.945,39	-11.312.877,34	3.641.695.573,86	1.263.732.236,32
davon Gasfernleitung	4.800.480.334,61	57.440.796,88	-11.312.877,34	52.001.508,47	4.898.609.762,62	3.547.778.585,32	100.657.195,42	-11.312.877,34	3.637.122.883,40	1.261.486.879,22
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	2.344.316,30	0,00	0,00	0,00	2.344.316,30	2.315.228,86	-281.416,99	0,00	2.033.811,87	310.504,43
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	3.216.656,19	1.063,810,88	0,00	193.264,19	4.473.731,26	2.628.711,63	10.166,96	0,00	2.538.878,59	1.934.652,67
Betriebs- und Geschäftsausstattung	99.944.957,32	11.490.685,69	-1.902.637,04	5.686.928,88	115.221.934,85	64.923.427,61	7.713.514,71	-1.881.975,21	70.754.967,14	44.466.967,74
davon Gasfernleitung	63.226.931,53	8.071.514,70	-1.200.341,09	4.196.337,68	74.294.442,82	39.240.320,64	5.245.763,56	-1.190.101,29	43.295.972,91	30.998.469,91
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	217.476,45	24.538,18	-6.925,56	289,58	235.388,65	94.379,77	35.099,69	-6.901,44	120.518,02	114.870,63
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	36.500.549,34	3.394.632,81	-695.370,39	1.492.291,62	40.692.103,38	25.668.727,20	2.434.721,46	-684.972,48	27.338.476,18	13.353.627,20
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	133.883.681,97	97.119.035,26	0,00	-68.380.344,34	162.622.372,89	0,00	0,00	0,00	0,00	162.622.372,89
davon Gasfernleitung	132.092.999,86	96.866.277,88	0,00	-66.886.634,07	162.072.643,67	0,00	0,00	0,00	0,00	162.072.643,67
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	13.839,76	33.079,49	0,00	0,00	46.919,25	0,00	0,00	0,00	0,00	46.919,25
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	1.776.842,35	219.677,89	0,00	-1.493.710,27	502.809,97	0,00	0,00	0,00	0,00	502.809,97
	5.328.715.282,66	175.782.044,01	-14.112.953,83	0,00	5.490.384.372,76	3.759.461.092,42	115.659.902,33	-14.092.292,10	3.861.028.702,65	1.629.355.670,11
										68.422.928,96

**Entwicklung des Anlagevermögens der Open Grid Europe GmbH für das Geschäftsjahr 2020
- Anlagenspiegel nach Tätigkeiten -**

in €	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2020	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2020	01.01.2020	Zugänge	Abgänge	31.12.2020	31.12.2019
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Finanzanlagen										
Anteile an verbundenen Unternehmen	663.603,272,39	150.750,000,00	0,00	0,00	814.353,272,39	499.999,00	0,00	0,00	499.999,00	663.103,273,39
davon Gasfernleitung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	663.603,272,39	150.750,000,00	0,00	0,00	814.353,272,39	499.999,00	0,00	0,00	499.999,00	663.103,273,39
Beteiligungen	168.459,087,84	14.032,641,26	-1.754,552,90	0,00	180.737,186,20	0,00	0,00	0,00	0,00	168.459,087,84
davon Gasfernleitung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	168.459,087,84	14.032,641,26	-1.754,552,90	0,00	180.737,186,20	0,00	0,00	0,00	0,00	168.459,087,84
Sonstige Ausleihungen	2.765,672,77	175.303,10	-514,208,88	0,00	2.426,766,99	163.902,06	0,00	-61,364,17	122.537,89	2.561,770,71
davon Gasfernleitung	1.758,414,75	98,741,71	-326,934,00	0,00	1.530,222,46	116,924,93	0,00	-39,015,34	77,909,59	1.452,312,87
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	33,464,64	1,879,17	-6,221,93	0,00	29,121,88	2,225,21	0,00	-742,51	1,462,70	27,639,18
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	973,793,38	74,682,22	-181,052,95	0,00	867,422,65	64,751,92	0,00	-21,606,32	43,145,60	975,796,66
	834,828,043,00	164,957,944,36	-2,268,761,78	0,00	997,517,225,68	663,901,06	0,00	-61,364,17	622,536,89	834,144,141,94
	6.321,757,424,24	355,655,743,59	-18,138,583,12	0,00	6.659,274,584,71	3.849,936,163,08	132,205,289,55	-15,909,562,74	3.965,231,899,89	2.693,042,694,92
										2.471,821,261,16

**Tätigkeitsabschlüsse für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019**

Open Grid Europe GmbH, Essen

Bilanzen nach Tätigkeiten zum 31. Dezember 2019

Aktiva		Gasfernleitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Konsolidierungs- spalte	Gesamt
in €						
A.	Anlagevermögen					
	I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
	1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	7.253.230	8.354	527.943	0	7.789.527
	2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u. ähnliche Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	47.475.289	1.541.756	3.287.512	0	52.304.557
	3. Geleistete Anzahlungen	7.470.811	82.767	775.267	0	8.328.845
		62.199.330	1.632.877	4.590.722	0	68.422.929
	II. Sachanlagen					
	1. Grundstücke, grundstückgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	136.578.545	164.720	10.186.912	0	146.930.177
	2. Technische Anlagen und Maschinen	1.252.614.473	44.045	760.283	0	1.253.418.801
	3. Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	23.777.109	53.236	11.191.185	0	35.021.530
	4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	116.468.614	14.952	17.400.116	0	133.883.682
		1.529.438.741	276.953	39.538.496	0	1.569.254.190
	III. Finanzanlagen					
	1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	663.103.273	0	663.103.273
	2. Beteiligungen	0	0	168.459.098	0	168.459.098
	3. Sonstige Ausleihungen	1.573.953	32.022	975.796	0	2.581.771
		1.573.953	32.022	832.538.167	0	834.144.142
		1.593.212.024	1.941.852	876.667.385	0	2.471.821.261
B.	Umlaufvermögen					
	I. Vorräte					
	1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	11.885.352	2.629	1.256.624	0	13.144.605
	2. Unfertige Leistungen	2.354.737	0	67.124.166	0	69.478.903
	3. Waren	11.750.458	0	0	0	11.750.458
	4. Sonstige Vorräte	11.501.194	0	0	0	11.501.194
		37.491.741	2.629	68.380.790	0	105.875.160
	II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
	1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	16.087.102	0	1.090.563	-44.861	17.132.804
	2. Forderungen gegen Gesellschafter	0	0	0	0	0
	3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.893.321	32.145	12.287.638	0	14.213.104
	4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	76.543	0	2.398.226	-968	2.473.801
	5. Sonstige Vermögensgegenstände davon Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	12.976.781 0	28.026 0	1.076.117 0	0 0	14.080.924 0
		31.033.747	60.171	16.852.544	-45.829	47.900.633
	III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	88.817.405	1.510.651	57.775.003	0	148.103.059
		157.342.893	1.573.451	143.008.337	-45.829	301.878.852
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	1.091.087	19.898	633.362	0	1.744.347
D.	Aktiver Unterschiedbetrag aus der Vermögensverrechnung	1.197.438	24.362	727.155	0	1.948.955
E.	Kapitalverrechnungsposten	354.278.307	0	0	-354.278.307	0
		2.107.121.749	3.559.563	1.021.036.239	-354.324.136	2.777.393.415

Open Grid Europe GmbH, Essen

Bilanzen nach Tätigkeiten zum 31. Dezember 2019

Passiva		Gasfernleitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Konsolidierungs- spalte	Gesamt
in €						
A.	<u>Eigenkapital</u>					
I.	Gezeichnetes Kapital	71.109.532	86.670	39.128.130	0	110.324.332
II.	Kapitalrücklage	853.192.613	1.039.896	469.470.559	0	1.323.703.068
III.	Gewinnrücklagen	794.704.896	59.267	26.756.416	0	821.520.579
		1.719.007.041	1.185.833	535.355.105	0	2.255.547.979
B.	<u>Rückstellungen</u>					
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.087.237	103.500	3.089.271	0	8.280.008
2.	Steuerrückstellungen	10.446	41	1.283	0	11.770
3.	Sonstige Rückstellungen	333.608.772	556.111	19.070.164	0	353.235.047
		338.706.455	659.652	22.160.718	0	361.526.825
C.	<u>Verbindlichkeiten</u>					
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	9.758.355 9.758.355	0 0	6.728.919 6.728.919	0 0	16.487.274 16.487.274
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i> <i>davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr</i> <i>davon mit einer Restlaufzeit über fünf Jahren</i>	22.228.390 22.026.464 201.926 0	56.114 56.114 0 0	5.373.705 5.362.815 10.890 0	-44.861 -44.861 0 0	27.613.348 27.400.532 212.816 0
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	3.167.616 3.167.616	54.689 54.689	1.678.284 1.678.284	0 0	4.900.589 4.900.589
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	267.033 267.033	3.028 3.028	78.695.876 78.695.876	0 0	78.965.937 78.965.937
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	18.266 18.266	1.003 1.003	15.281.607 15.281.607	-968 -968	15.299.908 15.299.908
6.	Sonstige Verbindlichkeiten <i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i> <i>davon aus Steuern</i>	10.348.478 10.298.492 1.393.254	28.417 28.417 26.063	2.753.867 2.718.536 792.323	0 0 0	13.130.762 13.045.445 2.211.640
		45.788.138	143.251	110.512.258	-45.829	156.397.818
D.	<u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	3.620.115	0	300.678	0	3.920.793
E.	<u>Kapitalverrechnungsposten</u>	0	1.570.827	352.707.480	-354.278.307	0
		2.107.121.749	3.559.563	1.021.036.239	-354.324.136	2.777.393.415

Haftungsverhältnisse, außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die per 04.08.2017 durch VGT abgeschlossene Konsortialkreditlinie in Höhe von 600,0 Mio. € wurde per 15.07.2019 um ein Jahr bis 2024 verlängert. OGE ist ebenfalls Kreditnehmerin unter dem entsprechenden Kreditvertrag und somit berechtigt, die Kreditlinie in Anspruch zu nehmen. Zum Stichtag war die Kreditlinie nicht gezogen. Es existieren von dieser Kreditlinie eine Nebenkreditlinie auf der Ebene der VGT in Höhe von 10 Mio. € (Kontokorrentlinie), sowie zwei Nebenkreditlinien auf der Ebene der OGE in Höhe von 20 Mio. € (Kontokorrentlinie für den Cashpool) und 1,5 Mio. € (reserviert für Avale bzw. Bürgschaften). Zum Stichtag 31.12.2019 wurde ausschließlich die Avallinie durch die Herausgabe von Bankbürgschaften in Höhe von 1,1 Mio. € in Anspruch genommen, OGE rechnet nicht mit einer Inanspruchnahme der Bürgschaften.

Die Nebenkreditlinien werden den Tätigkeiten außerhalb des Gassektors zugeordnet.

Die finanziellen Auswirkungen von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften i.S.d. § 285 Nr. 3a HGB belaufen sich zum Bilanzstichtag auf € 182,2 Mio p.a. aus langfristigen Verträgen für die Gebrauchs- und Nutzungsüberlassung des Leitungsnetzes (Sparte Gasfernleitung). Hiervon entfallen € 132,4 Mio p.a. auf verbundene Unternehmen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen gegenüber Zeelink GmbH & Co. KG, Essen, für noch nicht eingeforderte Einlagen in die Kapitalrücklage in Höhe von € 138,8 Mio (Tätigkeiten außerhalb des Gassektors).

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von € 257,6 Mio und betreffen Bestellobligen. Diese werden gemäß dem Materialschlüssel aufgeteilt und gliedern sich wie folgt: Gasfernleitung € 232,9 Mio, Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors € 0,1 Mio und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors € 24,6 Mio.

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen entfallen 12,0 Mio auf verbundene Unternehmen.

Open Grid Europe GmbH, Essen

Gewinn- und Verlustrechnung nach Tätigkeiten
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019

in €	Gasfer- leitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Gesamt
1. Umsatzerlöse	925.569.030	7.263.579	162.492.735	1.095.325.344
2. Bestandsveränderungen	1.209.054	0	14.170.198	15.379.253
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	19.648.274	0	0	19.648.274
4. Sonstige betriebliche Erträge	31.212.818	8.455	846.848	32.068.121
- davon Erträge aus Währungsumrechnung	1.586	16	617	2.219
5. Materialaufwand	-469.807.856	-124.318	-49.711.213	-519.643.387
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-80.870.517	-15.943	-6.066.327	-86.952.787
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-388.937.339	-108.375	-43.644.886	-432.690.600
6. Personalaufwand	-99.705.786	-2.032.990	-60.542.048	-162.280.824
a) Löhne und Gehälter	-80.248.593	-1.630.784	-48.502.999	-130.382.376
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-19.457.193	-402.206	-12.039.049	-31.898.448
- davon für Altersversorgung	-6.941.297	-136.593	-4.189.835	-11.267.726
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-111.391.814	-447.521	-3.734.221	-115.573.556
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-61.150.221	-919.272	-20.532.930	-82.602.422
- davon Aufwendungen aus Währungsumrechnung	-60.388	-482	-18.398	-79.268
9. Beteiligungsergebnis	0	0	91.166.390	91.166.390
a) Erträge aus Beteiligungen	0	0	24.451.639	24.451.639
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	10.738.404	10.738.404
b) Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0	0	66.807.257	66.807.257
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	66.807.257	66.807.257
c) Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	-92.507	-92.507
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	-92.507	-92.507
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	124.352	2.095	71.797	198.244
- davon von verbundenen Unternehmen	36.944	588	21.038	58.570
- davon Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen	0	0	0	0
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-22.545.366	-141.304	-4.208.432	-26.895.102
- davon Zinsaufwendungen aus Aufzinsung von Rückstellungen	-49.572.109	-692.396	-20.619.428	-70.883.933
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-68.364.445	-1.157.372	-35.990.574	-105.512.391
13. Ergebnis nach Steuern	144.798.041	2.451.351	94.028.551	241.277.944
14. Sonstige Steuern	-425.398	-3.710	-141.956	-571.064
15. Aufwendungen aus der Ergebnisabführung	-119.957.222	-2.033.711	-78.009.067	-200.000.000
16. Jahresüberschuss	24.415.421	413.930	15.877.528	40.706.879
17. Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-24.415.421	-413.930	-15.877.528	-40.706.879
18. Bilanzgewinn	0	0	0	0

Erläuterungen zur rechnungsmäßigen Entflechtung (Unbundlingrechnung)

Vorbemerkungen

Bedingt durch das Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) in der Fassung vom 05.12.2019 hat die Open Grid Europe GmbH nach den Vorschriften des § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen für die Tätigkeitsbereiche Gasfernleitung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors aufzustellen.

Im Hinblick auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (inkl. Abschreibungsmethoden), die den drei Tätigkeitsabschlüssen zugrunde liegen, verweisen wir auf die Angaben im Anhang.

Im Geschäftsjahr 2019 wurden in Übereinstimmung mit dem bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit VGT bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich sinnvolle Einstellungen in die Gewinnrücklagen in Höhe von € 40,7 Mio. aufgrund zukünftiger Investitionsvorhaben im Zusammenhang mit dem Netzentwicklungsplan vorgenommen.

Regeln gem. § 6b Abs. 3 EnWG

In der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt im Regelfall eine direkte Zuordnung der Aktiv- und Passivposten sowie der Aufwendungen und Erträge auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche. In den Fällen, in denen nur ein mittelbarer Sachbezug zu den Tätigkeiten gegeben oder die direkte Zuordnung mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen ist, erfolgt die Zuordnung durch Schlüssel auf der Basis sachgerechter Bezugsgrößen. Im Vergleich zum Vorjahr sind bei einzelnen Schlüsselungen geringfügige Fortentwicklungen und Präzisierungen vorgenommen worden, um die tatsächlichen organisatorischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die Verursachungsgerechtigkeit der Kostenallokation abzubilden. Als Folge hieraus ergibt sich eine leicht veränderte Zuordnung zu den Tätigkeitsbereichen Gasfernleitung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors.

Im Einzelnen kommen hauptsächlich nachstehende Bezugsgrößen zur Ermittlung der Schlüssel zur Anwendung:

- Personenmanntage
- Kostenschlüssel (Personal-, Material- und Instandhaltungsaufwand)
- Technische Kenngrößen (z.B. Leitungslänge und Verdichterleistung)
- Gesamtkosten

- Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
- Jahresüberschuss
- Buchwerte Anlagevermögen

Grundlage für die oben genannten Schlüssel sind im Wesentlichen die entsprechenden Erträge und Aufwendungen der GuV der Open Grid Europe GmbH und die Posten der Bilanz.

Die Leistungsbeziehungen zwischen den Tätigkeitsbereichen werden in der Bruttodarstellung abgebildet und auf Grundlage der angefallenen Kosten bewertet. Bei der Bruttodarstellung werden die Gesamterträge und Gesamtaufwendungen aufgrund des sachlichen Bezugs den Tätigkeiten zugeordnet. Der tatsächliche wirtschaftliche Erfolg der jeweiligen Tätigkeit wird im Anschluss durch Anwendung der internen Leistungsverrechnung (für Personal, Geräte etc.) zwischen den Tätigkeiten verursachungsgerecht abgebildet.

**Entwicklung des Anlagevermögens der Open Grid Europe GmbH für das Geschäftsjahr 2019
- Anlagenspiegel nach Tätigkeiten -**

in €	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2019	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2019	01.01.2019	Zugänge	Abgänge	31.12.2019	31.12.2018
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Immaterielle Vermögensgegenstände										
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	10.915.898,26	450.235,97	0,00	0,00	11.366.134,23	3.038.936,12	537.670,71	0,00	3.576.606,83	7.789.527,40
davon Gasfernleitung	9.552.707,90	346.757,03	0,00	0,00	9.899.464,93	2.226.529,44	419.705,26	0,00	2.646.234,70	7.253.230,23
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	33.917,42	86,05	0,00	0,00	34.003,47	22.781,58	2.867,78	0,00	25.649,36	8.354,11
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	1.329.272,94	103.392,89	0,00	0,00	1.432.665,83	789.625,10	115.097,67	0,00	904.722,77	527.943,06
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	123.241.427,74	9.517.318,00	-3.546.253,48	9.306.627,01	138.519.119,27	80.119.532,41	9.641.283,84	-3.546.253,48	86.214.562,77	52.304.556,50
davon Gasfernleitung	109.904.210,09	8.044.495,76	-3.183.159,94	7.071.423,88	121.826.969,79	69.133.760,57	8.440.278,87	-3.193.159,94	74.380.879,50	47.446.090,29
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	2.146.082,88	387.591,88	-84.695,08	1.018.332,32	3.467.312,00	1.585.622,53	425.795,95	-84.695,08	1.926.723,40	1.540.588,60
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	11.191.134,77	1.085.230,36	-268.398,46	1.216.870,81	13.224.837,48	9.400.149,31	775.209,02	-268.398,46	9.906.959,87	3.317.877,61
Geleistete Anzahlungen	14.157.896,10	3.477.575,97	0,00	-9.306.627,01	8.328.845,06	0,00	0,00	0,00	0,00	8.328.845,06
davon Gasfernleitung	13.038.370,16	2.776.167,55	0,00	-8.314.528,78	7.500.008,93	0,00	0,00	0,00	0,00	7.500.008,93
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	411.686,53	33.496,96	0,00	-361.246,61	83.934,88	0,00	0,00	0,00	0,00	83.934,88
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	707.839,41	667.911,46	0,00	-630.849,62	744.901,25	0,00	0,00	0,00	0,00	744.901,25
	148.315.222,10	13.445.129,94	-3.546.253,48	0,00	158.214.098,56	83.158.468,53	10.176.954,55	-3.546.253,48	89.791.169,60	68.422.928,96
Sachanlagen										
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	263.973.893,87	26.362.309,28	-1.632.105,51	141.238,65	288.845.336,29	136.987.365,98	6.528.808,03	-1.601.015,01	141.915.159,00	146.930.177,29
davon Gasfernleitung	235.889.988,83	26.290.871,48	-1.536.363,97	100.910,34	260.745.406,68	119.687.986,05	5.984.148,39	-1.505.273,47	124.166.860,97	136.576.545,71
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	367.810,28	1.617,42	0,00	0,00	369.427,70	195.146,37	9.559,51	0,00	204.707,88	164.719,82
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	27.716.094,76	69.820,38	-95.741,54	40.328,31	27.730.501,91	17.104.231,56	535.100,13	-95.741,54	17.543.590,15	10.186.911,76
Technische Anlagen und Maschinen	4.552.712.151,46	135.335.858,39	-28.382.983,70	146.386.280,95	4.806.041.307,10	3.487.612.303,31	93.069.286,17	-28.059.083,67	3.562.622.505,81	1.253.418.801,29
davon Gasfernleitung	4.546.755.107,58	135.178.464,36	-27.992.804,33	146.117.324,96	4.800.058.092,57	3.482.102.089,56	93.000.434,29	-27.658.904,30	3.547.443.619,55	1.252.614.473,02
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	3.042.220,26	0,00	-388.910,77	0,00	2.653.309,49	3.005.704,76	-7.529,74	-388.910,77	2.609.264,25	44.045,24
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	2.914.823,62	157.394,03	-11.268,60	268.955,99	3.329.905,04	2.504.508,99	76.381,62	-11.268,60	2.589.622,01	760.283,03
Betriebs- und Geschäftsausstattung	89.214.575,57	13.671.061,66	-4.594.961,94	1.654.282,03	99.944.957,32	63.644.370,11	5.796.507,08	-4.517.449,58	64.923.427,61	35.021.529,71
davon Gasfernleitung	52.534.151,78	10.471.306,48	-2.786.339,74	1.091.481,61	61.310.600,13	37.243.164,85	3.547.247,03	-2.734.019,48	38.066.392,40	23.254.207,73
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	135.592,64	18.525,91	-28.402,86	10.371,40	136.087,09	94.209,25	16.827,96	-28.186,33	82.850,88	53.236,21
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	36.544.831,15	3.181.229,27	-1.780.219,34	552.429,02	38.498.270,10	26.306.996,01	2.232.432,09	-1.755.243,77	26.784.184,33	11.714.085,77
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	271.186.546,43	16.355.102,60	-5.476.165,43	-148.181.801,63	133.863.681,97	3.993.387,64	0,00	-3.993.387,64	0,00	133.863.681,97
davon Gasfernleitung	263.992.508,61	5.274.902,53	-5.476.165,43	-147.322.931,45	116.468.614,26	3.993.387,64	0,00	-3.993.387,64	0,00	116.468.614,26
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	14.615,03	10.795,92	0,00	-10.459,25	14.951,70	0,00	0,00	0,00	0,00	14.951,70
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	7.179.422,79	11.069.404,15	0,00	-648.710,93	17.400.116,01	0,00	0,00	0,00	0,00	17.400.116,01
	5.177.087.167,33	191.724.331,93	-40.096.216,58	0,00	5.328.715.282,68	3.692.237.427,04	105.394.601,28	-38.170.935,90	3.759.461.092,42	1.484.845.740,29

Entwicklung des Anlagevermögens der Open Grid Europe GmbH für das Geschäftsjahr 2019
- Anlagenspiegel nach Tätigkeiten -

in €	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte		
	01.01.2019		31.12.2019		01.01.2019		31.12.2019		31.12.2019		
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
Finanzanlagen											
Anteile an verbundenen Unternehmen	473.853,272,39	189.750.000,00	0,00	663.603,272,39	499.999,00	0,00	0,00	499.999,00	663.103,273,39	473.353,273,39	
davon Gasfernleitung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	473.853,272,39	189.750.000,00	0,00	663.603,272,39	499.999,00	0,00	0,00	499.999,00	663.103,273,39	473.353,273,39	
Beteiligungen	101.258,587,87	67.200.509,97	0,00	168.459,097,84	0,00	0,00	0,00	0,00	168.459,097,84	101.258,587,87	
davon Gasfernleitung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	101.258,587,87	67.200.509,97	0,00	168.459,097,84	0,00	0,00	0,00	0,00	168.459,097,84	101.258,587,87	
Sonstige Ausleihungen	2.844,846,65	292.150,00	-371.323,88	2.765,672,77	224.614,75	0,00	-40.712,69	183.902,06	2.581,770,71	2.620,231,90	
davon Gasfernleitung	1.747,873,78	167.208,95	-228.141,39	1.686,941,34	138.003,31	0,00	-25.013,88	112.989,43	1.573,951,91	1.587,181,55	
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	35.960,58	3.401,88	-4.641,55	34.320,91	2.807,68	0,00	-508,91	2.298,77	32.022,14	32.242,88	
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	1.061,412,29	121.539,17	-138.540,94	1.044,410,52	83.803,76	0,00	-15.189,90	68.613,86	975,796,66	1.000,807,47	
	577.956.706,91	257.242.659,97	-371.323,88	834.828.043,00	724.613,75	0,00	-40.712,69	683.901,06	834.144.141,94	577.232.093,16	
	5.903.359,096,34	462.412.121,84	-44.013.793,94	6.321.757.424,24	3.776.120.509,32	115.573.555,83	-41.757.902,07	3.849.936.163,08	2.471.821.261,16	2.127.238.587,02	

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Open Grid Europe GmbH, Essen

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS*Prüfungsurteile*

Wir haben den Jahresabschluss der Open Grid Europe GmbH, Essen, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Open Grid Europe GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für

unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der

insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner

Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Prüfungsurteile

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Gasfernleitung“, „Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors“ und „Tätigkeiten außerhalb des Gassektors“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F.) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hin-

sichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Essen, den 15. März 2021

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Michael Preiß
Wirtschaftsprüfer

ppa. Ronald Koch
Wirtschaftsprüfer